Bundestagswahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (Studie)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung		2
1.	Die Botschaften der Parteien	2
2.	Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	3
3.	Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik	7
3.1	Finanzpolitik	7
3.2	Steuerpolitik	7
3.3	Haushaltspolitik	9
4.	Sozialpolitik	9
5.	Ostdeutschland	13
6.	Umwelt- und Energiepolitik	14
6.1	Umweltpolitik allgemein	14
6.2	Klimaschutz	16
6.3	Emissionshandel	17
6.4	Energiepolitik	18
6.5	Nutzung der Kernkraft und fossiler Energieträger	19
6.6	Haltung zur Nutzung der Bio- und Gentechnologien	20
7.	Bildungs- und Familienpolitik	20
7.1	Bildungspolitik	20
7.2	Familienpolitik	22
8.	Bürgerrechte und Demokratie	24
8.1	Generelles Herangehen an Bürgerrechte und Demokratie	24
8.2	Direkte Demokratie	27
8.3	Migrations- und Flüchtlingspolitik	27
8.4	Haltung zum Rechtsextremismus	29
9.	Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik	30
9.1	Außen- und Sicherheitspolitik generell	30
9.2	Internationale Wirtschafts- und Finanzordnung und Rolle internationaler Organisationen	32
9.3	Haltung zur NATO und zur militärischen Zusammenarbeit in der EU	33
9.4	Haltung zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht	34
9.5	Verhältnis zu den USA und zu Russland	35
9.6	Afghanistan-Politik	36
9.7	Europa-Politik allgemein	37
9.8	Vertiefung der europäischen Integration und EU-Erweiterung	38
9.9	Entwicklungszusammenarbeit	40
Schluss		41

Einleitung

In der Zeit einer tiefen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise haben die Parteien ihre Wahlprogramme für die Bundestagswahlen am 27. September 2009 verabschiedet. Zwar nimmt die Bevölkerung Wahlprogramme meist nur am Rande wahr, hat sie doch oft genug die Erfahrung gemacht, dass Programme und reale Politik nicht identisch sind. Dennoch lässt sich an Wahlprogrammen genau ablesen, mit welchen Positionen die Parteien in den Wahlkampf gehen, sind sie ein Spiegelbild vor allem der inhaltlichen Verfasstheit der Parteien. Sie werden in der Regel von Wahlparteitagen beschlossen, geben also nicht nur die Auffassung der jeweiligen engeren Parteispitze wieder. Das trifft auf die SPD, die FDP, *Die Grünen* und DIE LINKE zu. CDU und CSU haben ihr Wahlprogramm lediglich auf einer gemeinsamen Vorstandstagung verabschiedet und einen Tag später auf einer Konferenz verkündet. Die Länge der Programme und damit die detaillierte Ausführung der Positionen unterscheiden sich. Die Unionsparteien haben das kürzeste, *Die Grünen* das längste Wahlprogramm. Ein Vergleich der Wahlprogramme lässt Rückschlüsse auf die inhaltlichen Positionen auf den einzelnen Politikfeldern zu, die über die Schwerpunkte im Wahlkampf hinausgehen. Wir behandeln nicht alle, aber wichtige ausgewählte Politikfelder.

1. Die Botschaften der Parteien

CDU/CSU und **SPD** verweisen auf die Erfolge ihrer Regierungspolitik in den letzten vier Jahren. Die Union geht noch darüber hinaus und will die Botschaft aussenden: Mit uns ist das Land auf sicherem Kurs. Das sei schon immer so gewesen. Man habe schon ganz andere Herausforderungen gemeistert.

Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD sehen in der Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft die zentrale Idee für die Gestaltung der Zukunft und für die Überwindung der Krise. Es gibt hier aber auch Unterschiede. Die Union nimmt für sich in Anspruch, die soziale Marktwirtschaft gegen Widerstände durchgesetzt zu haben. Nunmehr müssten deren erfolgreiche Prinzipien europaweit und international durchgesetzt werden. Damit würden Krisen – wie die gegenwärtige – vermieden werden.

Die SPD sagt, die Krise ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt steht. „Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir befinden uns an einer Zeitenwende." Hier thematisiert die SPD wieder „Verteilungsfragen im sozialdemokratischen Sinne" und spricht sich für einen starken, handlungsfähigen Staat aus. Die CDU hingegen wendet sich gegen den „Irrglauben", der Staat sei der bessere Unternehmer. Staatswirtschaften schafften keinen Wohlstand, sondern sie würden den Menschen die Freiheit nehmen. Darum lehne es die Union ab, dass der Staat unternehmerische Entscheidungen an sich zieht. Er müsse Hüter der Ordnung sein. Er müsse helfen, dass die Selbstheilungskräfte des Marktes neu geweckt werden.

Auch für die **FDP** ist die Soziale Marktwirtschaft der zentrale Begriff. Sie stellt ihn noch deutlicher als die Union in den Kontext von „Freiheit und Verantwortung und weniger staatliche Bevormundung". Die Botschaften lauten hier: „Leistung muss sich lohnen. Die FDP will den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr ihres hart erarbeiteten Geldes belassen. Wir wollen einfache, niedrige und gerechte Steuern für mehr Netto vom Brutto. Wie setzen Eigenverantwortung gegen die Bevormundung durch bürokratische Auswüchse des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates." Ausgehend von diesen Botschaften sieht sich die FDP als „Anwalt der Mitte der Gesellschaft".

Die zentrale Botschaft von ***Bündnis 90/Die Grünen*** ist ein „grüner Neuer Gesellschaftsvertrag“. Es gebe kein Zurück, nicht zur Bundesrepublik der 70er Jahre und schon gar nicht zur DDR. Der alte Gesellschaftsvertrag ging zulasten kommender Generationen und der Frauen sowie zulasten der Umwelt. Er fußte auf internationaler Ungerechtigkeit, vor allem gegenüber den Entwicklungsländern. Der Neue Gesellschaftsvertrag verbinde ökologische Fairness und eine Politik der Teilhabe und sozialer Sicherheit, die allen ein selbstbestimmtes Leben ermögliche. Er verbinde Klima, Gerechtigkeit und Freiheit. Es bedürfe jetzt einer neuen industriellen Revolution. „Wir müssen aufbrechen ins solare Zeitalter.“

DIE LINKE geht nicht nur davon aus, dass der Marktradikalismus versagt habe, sondern der globale Kapitalismus sei weniger denn je in der Lage, einigermaßen erträgliche menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten. Die Partei nennt ihn ein „menschenverachtendes System“. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Systems hätten abgewirtschaftet, ihnen dürfe das Land nicht länger überlassen werden. Die anderen Parteien stünden für eine Politik des „Weiter so“ im Prinzip und für Änderungen im Detail. Gerade in den letzten zehn Jahren hätten sich die Regierungen in den Dienst des Kapitals gestellt. „Die tiefe soziale Spaltung in Deutschland ist kein Schicksal, sondern Ergebnis von Politik: der Grünen, der Liberalen, der Sozialdemokraten, der Konservativen.“ Es gehe um die Alternative: Entweder es setze sich ein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch und die Mehrheit der Bevölkerung bezahle dafür oder „wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen“. Die zentrale Botschaft der Partei lautet: „Es gilt die Gleichung: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer unser Land.“

2. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Die **CDU/CSU** setzt drei Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik: Mittelstand stärken, Forschung, Innovation und Entwicklung fördern sowie leistungsfähige Infrastrukturen ausbauen. Die Union will verhindern, dass der Mittelstand in eine Kreditklemme gerät. Die Bürokratie soll abgebaut werden. So sollen „alle Gesetzesvorhaben aus der Mitte von Bundestag und Bundesrat“ auf Bürokratiekosten überprüft werden. Das Meisterprinzip soll gestärkt werden. Die Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers soll weiter gesteigert werden. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung will die Union, dass Staat und Wirtschaft gemeinsam mindestens drei Prozent des BIP hier investieren. Bei der Weiterentwicklung der Infrastruktur setzt die CDU/CSU auf eine Teilprivatisierung der Bahn. Der öffentliche Personennahverkehr soll so gestärkt werden, dass das „Schienennetz für alle Anbieter diskriminierungsfrei zugänglich“ sein müsse.

Die CDU/CSU bleibt bei ihrer Losung „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Wer Vollzeit arbeitet soll „in der Regel“ von seinem Einkommen leben können. Die beiden Parteien wenden sich gegen einen einheitlichen, gesetzlichen Mindestlohn. Für ein menschenwürdiges Leben sei „eine Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen“ notwendig. „Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu schaffen – mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört.“ Die Mini-Jobs sollen erhalten bleiben. In der Arbeitsmarktpolitik formuliert die Union ihre Haltung so: „Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.“ Das könnte auf einen Abbau verschiedener Maßnahmen der BA hindeuten. „Dem Dienst am Menschen“ widmet die CDU/CSU ein Zukunftsprojekt. Gerade hier gelte: „Qualifizierung geht vor Zuwanderung.“ Die Attraktivität der Berufs-

gruppe der Kranken- und Altenpflege soll gesteigert sowie Umschulungsprogramme in diese Berufsgruppe gestärkt werden. Letztlich bekennt sich die Union zum Berufsbeamtentum.

Noch deutlicher als die Union sagt die **FDP**: „Eine Politik, die den Mittelstand stärkt, ist die beste Wirtschaftspolitik." Der Mittelstand erwarte Steuersenkungen und niedrige Lohnzusatzkosten. Die Partei meint, dass die Tarifautonomie vor staatlichen Eingriffen geschützt werden müsse. Allgemeinverbindliche Tarifverträge verhinderten betriebliche Bündnisse. „Da, wo es für die Beschäftigten günstiger ist, muss auch vom Tarifvertrag abgewichen werden können. Günstiger in diesem Sinne können auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit sein…". Die FDP will die Kosten für die gesetzliche Mitbestimmung begrenzen und dabei die Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduzieren. Ein Betriebsrat soll erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten gebildet werden. Der Kündigungsschutz soll erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Die Drittelparität müsse die paritätische Mitbestimmung ersetzen. Damit tritt die FDP für eine Einschränkung der Mitbestimmung und der Arbeitnehmerschutzrechte ein.

Die FDP will eine neue Förderpolitik. Um wirtschaftlich schwache Regionen zu fördern, tritt sie für die Schaffung von Modellregionen ein. Hier wollen die Liberalen dem Landesgesetzgeber die Möglichkeit befristeter Regelungen einräumen, „die gegenüber dem Bundesrecht eine Deregulierung und Entbürokratisierung" zur Folge haben.

Die FDP will die Bundesagentur für Arbeit auflösen. Sie schlägt ein Drei-Säulen-Modell vor: eine Versicherungsagentur, die das Arbeitslosengeld auszahlt, eine kleine Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben und kommunale Jobcenter, die Arbeit vermitteln. Die FDP lehnt die Staffelung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I ab. Sie ist gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen. Ähnlich wie die CDU/CSU soll ergänzend ein Bürgergeld das notwendige Mindesteinkommen sichern.

Die **SPD** geht anders als die Union und die FDP an dieses Politikfeld heran. Sie will einen „Neustart der Sozialen Marktwirtschaft". Dazu formuliert sie zehn Grundprinzipien. Dabei geht es u. a. um die Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen, um einen handlungsfähigen Staat, um gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, um das Prinzip „Investition statt Spekulation", öffentliche Zukunftsinvestitionen und eine Balance zwischen Exportstärke und Binnenmarkt.

Neue Arbeitsplätze sollen vor allem in Umwelttechnologien und Dienstleistungen, in der Betreuung, Bildung, der Pflege und im Gesundheitswesen sowie in der Kreativwirtschaft entstehen. Die öffentliche Daseinsvorsorge spielt im SPD-Programm allgemein eine Rolle. Die SPD setzt sich für „faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein". Die Entscheidung darüber, welche Leistungen der Daseinsvorsorge wie erbracht werden, soll den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleiben.

Die SPD formuliert einen gesonderten Abschnitt über „gute Arbeit". Hier betont sie die Verteidigung und den Ausbau der Arbeitnehmerrechte, setzt sich für eine bessere rechtliche Absicherung der Leiharbeit ein, vor allem für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Durch Gesetz müsse klargestellt werden, dass in der Insolvenz der Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden dürfe. Die SPD fordert einen „allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn". Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. 7,50 Euro sei zurzeit eine sinnvolle Orientierungsmarke. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung soll gestärkt werden. Deshalb sollen

unsichere Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden. Sogenannte Minijobs sollen wieder auf 15 Wochenstunden begrenzt werden.

Durch verschiedene Maßnahmen will die SPD dafür sorgen, dass die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und Frauen geschlossen wird. Eine Frauenquote von 40 Prozent in den Aufsichtsgremien der Unternehmen soll eingeführt werden. Ausführliche Abschnitte widmet die SPD dem Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, der besseren Vermittlung in Arbeit und dem Problem der humanen Arbeitsbedingungen sowie der Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Die mitbestimmungspflichtigen Geschäfte sollen ausgeweitet, die mitbestimmungsfreien Zonen reduziert, die Beteiligungsrechte erweitert werden. Die SPD schreibt: „Demokratie hört nicht an der Bürotür und am Werktor auf. Gleiche Augenhöhe und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehören zu unserer sozialdemokratischen Demokratietradition. Sie gilt es zu erhalten und auszubauen."

Die Grünen wollen eine Million neue Jobs in den nächsten vier Jahren schaffen, indem Zukunftsinvestitionen vorgezogen und die ökologischen und sozialen Schwächen der Wirtschaftsordnung beseitigt werden. (400.000 Arbeitsplätze sollen durch die ökologische Modernisierung, 185.000 durch Bildungsinvestitionen und 150.000 durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem, 60.000 im sozialen Arbeitsmarkt und 200.000 durch den Abbau von Schwarzarbeit entstehen.)

Als Leitbild gilt die „Grüne Marktwirtschaft". An einer Ressourcen schonenden Produktionsweise entscheide sich heute in jedem Industriezweig die wirtschaftliche Zukunft. Für *Die Grünen* sind eine intakte öffentliche Infrastruktur und ein funktionierender Sozialstaat nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens. Ähnlich wie die SPD tritt die Partei für „gute Arbeit" ein. Auch sie will einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 7,50 Euro je Stunde. Mit sozialen Wirtschaftsbetrieben sollen besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose die Chance auf ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis erhalten. Mit einem Progressionsmodell sollen Sozialversicherungsbeiträge sozial gestaffelt und damit Geringverdiener von hohen Abgaben entlastet werden. „Mini- und Midi-Jobs fallen dafür weg." Die Bedingungen für Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter sollen verbessert werden. Sie sollen vom ersten Tag an wie die Stammbelegschaft bezahlt und behandelt werden. *Die Grünen* lehnen auch die Verlagerung von Lohnverhandlungen auf die einzelbetriebliche Ebene ab. Die ArbeitnehmerInnen sollen stärker am Betriebsvermögen beteiligt werden.

Die Partei widmet sich in ihrem Programm auch der Solidarischen Ökonomie und der kreativen Wirtschaft. In der Grünen Marktwirtschaft gehe es auch um die gezielte Förderung der Solidarischen Ökonomie, in der sich die Freiheit selbstbestimmten Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbinde. Die genossenschaftlichen Rechtsformen sollen entbürokratisiert und ein sicherer rechtlicher Rahmen für Regionalgeldinitiativen geschaffen werden. In manchen Bereichen müsse der Staat wieder als Eigentümer wirtschaftlicher Strukturen in Erscheinung treten. „Natürliche Monopole im Bereich der Netzstrukturen müssten zumindest im Teilbesitz der Allgemeinheit bleiben oder – etwa im Bereich der Stromnetze – überführt werden."

Weiterhin wollen *Die Grünen* gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Ein Gleichstellungsgesetz soll für den privaten Sektor geschaffen werden. Es soll eine Frauenquote von 50 Prozent in Aufsichtsgremien geben. Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte solle künftig die paritätische Mitbestimmung gelten. Die Mitbestimmung müsse zudem auch in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gewährleistet sein. Daher

wollen sich *Die Grünen* dafür einsetzen, dass die nationalen Mitbestimmungsregelungen und ihre Weiterentwicklung nicht durch die Umwandlung von Unternehmen mit ehemals nationaler Rechtsform in Unternehmen mit europäischer Rechtsform gefährdet werden. Mehr Wirtschaftsdemokratie soll auch dadurch erreicht werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital der Unternehmen beteiligt werden.

DIE LINKE fordert, ein Zukunftsprogramm für zwei Millionen Arbeitplätze aufzulegen: mit Investitionen von 100 Mrd. Euro pro Jahr in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr. Damit soll die Krise bekämpft werden. Zusätzlich soll ein Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft eingerichtet und mit weiteren 100 Mrd. Euro für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung, für industrielle Arbeitsplätze und für die Unterstützung der Unternehmen bei der Umstellung auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren ausgestattet werden. Eine Million dieser Arbeitsplätze sollen im öffentlichen Dienst sowie 500.000 Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten gemeinnützigen Beschäftigungssektor geschaffen werden.

Wirtschaftsdemokratie ist ein zentraler Begriff im Wahlprogramm der LINKEN. Hier sollen die Belegschaften an den großen Unternehmen beteiligt werden. Staatliche Hilfen sollen nur im Tausch gegen Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben werden. Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sollen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbunden werden. Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind, sollen verboten werden. Die paritätische Mitbestimmung soll es in allen Betrieben ab 100 Beschäftigten geben. Die Partei will den Antistreikparagraphen abschaffen, das Streikrecht auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen ausweiten und das Recht auf politischen Streik wie in anderen Ländern Europas durchsetzen.

Auch die öffentliche Daseinsvorsorge nimmt einen zentralen Platz im Wahlprogramm ein. Privatisierte Bereiche sollten rekommunalisiert und der öffentliche Sektor ausgebaut werden. Kleine und mittlere Unternehmen sollen durch bessere Abschreibungsregeln und andere Maßnahmen wirksamer geschützt werden. Die solidarische Ökonomie soll unterstützt, die Genossenschaften stärker gefördert werden.

Unter der Überschrift „Gute Arbeit“ stellt DIE LINKE eine Fülle von Forderungen auf, die weit über die von SPD und *Grünen* hinausgehen. Sie fordert „einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild“, der „in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen“. Die Höchstarbeitszeit soll auf regelmäßig 40 Stunden pro Woche beschränkt werden. Die 35-Stunden-Woche und weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich sollen mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Der Kündigungsschutz soll ausgeweitet und Hartz IV abgeschafft werden. Gefordert wird gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West. Es soll keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen mehr geben. Die Sozialpflichtigkeit soll für jede geleistete Arbeitsstunde gelten. Die Leiharbeit soll strikt begrenzt und durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung zurückgedrängt werden. Die maximale Ausleihdauer soll sechs Monate (bei Mitbestimmung der Betriebsräte) betragen.

3. Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik

3.1 Finanzpolitik

Die **CDU/CSU** will die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise durch global abgestimmte Maßnahmen, vor allen durch international einheitliche Standards der Regulierung und Überwachung, eindämmen. Die Bankenregulierung soll wirksamer und die Bankenaufsicht unter einem Dach zusammen geführt werden. Bei den Rating-Agenturen soll auf eine Trennung von Bewertung und Beratung hingewirkt werden. In Zukunft soll es eine europäische Rating-Agentur geben. Für Finanzinvestoren will die Union mehr Transparenz durchsetzen.

Die **FDP** tritt nicht für mehr, sondern für bessere Regelungen für den Finanzmarkt ein. Regulierungsversagen sei Staatsversagen, nicht Marktversagen. Sobald sich die wirtschaftlichen Bedingungen wieder verbessert hätten, müsste mit dem Ausstieg des Staates bei Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstitutionen begonnen werden. Die Regierung sollte deshalb einen „Re-Privatisierungsrat" einsetzen. Die FDP will Manger, die unverantwortliche Risiken eingegangen sind, zur Rechenschaft ziehen.

Die **SPD** stellt einen umfangreichen Katalog von neuen Regeln für die Finanzmärkte auf. Auch sie will eine starke Finanzmarktaufsicht, aber außerdem die Begrenzung von Managergehältern, unabhängige Rating-Agenturen, die Regulierung der Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds und andere Maßnahmen.

Die Grünen fordern ähnliche Maßnahmen. Sie betonen, dass alle Produkte, alle Akteure, alle Länder in die Finanzmarktordnung und -aufsicht einbezogen werden müssen. Deutschland müsse treibende Kraft für ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen Steueroasen sein.

DIE LINKE geht über diese Maßnahmen weit hinaus. Sie fordert, über eine Reformierung des internationalen Bankensystems hinaus private Banken zu vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen und strikt zu regulieren. Der private Bankensektor soll in die öffentliche Hand überführt werden und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedge-Fonds und Privat-Equity-Gesellschaften sollen verboten werden.

Die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE wollen eine Börsenumsatzsteuer einführen. Darüber hinaus will DIE LINKE wieder zu festen Wechselkursen zurückkehren. Sie will die Europäische Zentralbank reformieren und durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister kontrollieren lassen. Die CDU/CSU und die FDP wenden sich vehement gegen Versuche, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank anzutasten.

3.2 Steuerpolitik

In der Steuerpolitik gehen die Vorstellungen der Parteien weit auseinander. Die **CDU/CSU** will Steuerentlastungen. Die „kalte Progression" soll abgebaut und der Eingangssteuersatz im ersten Schritt von 14 auf 13 Prozent und in einem zweiten Schritt auf 12 Prozent gesenkt werden. Die CSU wird in ihrem Wahlaufruf konkreter: Sie will diese beiden Schritte bereits 2011 und 2012 umsetzen. Der Spitzensteuersatz soll laut Wahlprogramm der CDU/CSU nicht ab 52.552 Euro, sondern erst ab 55.000 Euro und später ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Das Ehegattensplitting soll voll erhalten bleiben. Die steuerliche Berücksichtigung von Kindern soll auf den für Erwachsene geltenden Freibetrag von 8.004 Euro angehoben werden. Sehr nebulös heißt

es, dass die Mehrwertsteuerbelastung strukturell überprüft und nicht zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungen korrigiert werden. Außerdem soll es eine steuerliche Forschungsförderung geben. Die CSU will einen niedrigen Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen (zum Beispiel sieben Prozent im Hotel- und Gaststättengewerbe) durchsetzen. Außerdem will sie den Kompromiss mit der SPD im beschlossenen Erbschaftssteuerrecht wieder ändern. Schon aus dem christlichen Familienbild hätte das Erbschaftssteuerrecht keinen Bestand, weil Schwester und Bruder, Nichte und Neffe so behandelt würden, als ob sie nicht verwandt seien. Das CDU/CSU-Wahlprogramm bleibt hier allgemeiner. Dort ist nur von einer Überprüfung die Rede. Die CSU will, dass die Zuständigkeit für die Regelung der Erbschaftssteuer auf die Länder übergeht. Auch bei der Unternehmenssteuerreform fordert die CSU Nachbesserungen. Das betreffe vor allem den Wegfall des steuerlichen Verlustvortrages von Kapitalgesellschaften und die gewerbliche Hinzurechnung bei Immobilien. Auch die derzeitige Zinsschrankenregelung müsse entfallen.

Die **FDP** will durch ihren Stufentarif mit Grundfreibetrag und den drei Stufen 10, 25 und 35 Prozent die Steuerbelastung senken. Für Einkommen, die den Grundfreibetrag von 8.004 Euro übersteigen, gilt für die ersten 20.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ein Steuersatz von 10 Prozent, zwischen 20.000 und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25 Prozent und für Einkommensteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35 Prozent. Ähnlich wie die CDU/CSU will die FDP nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder einen Freibetrag von 8.004 Euro. Die Unternehmen sollen deutlich entlastet werden. So soll die Einschränkung der Verlustnutzung bei Übernahmen und Sanierungen, die „Bestrafung von Investitionen im Ausland (Funktionsverlagerung)“ und die Hinzurechnungsvorschriften von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing- und Lizenzgebühren zur Bemessungsgrundlage wieder abgeschafft werden. Für Unternehmen, gleich welcher Rechtsform, gelte ein Zwei-Stufen-Tarif von 10 und 25 Prozent. Die Umsatzsteuer will die Partei von der Soll- auf die Ist-Besteuerung umstellen.

Die **SPD** will denjenigen, die keine Lohnsteuererklärung abgeben, einen Bonus von 300 Euro zahlen. Der Eingangssteuersatz soll von 14 auf 10 Prozent gesenkt werden. Das Ehegattensplitting will man so verändern, dass der Splittingvorteil bei hohen Einkommen gekappt wird. Der Kinderfreibetrag soll um 200 Euro pro Kind erhöht werden (derzeit 3.864 Euro). Den Spitzensteuersatz will die Partei auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) anheben. Die SPD will eine Börsenumsatzsteuer von 0,5 Prozent bis 1,5 Prozent (Sonderfälle) ab einem Umsatz von 1.000 Euro einführen.

Die Grünen wollen zur Bewältigung der Krise eine zeitlich befristete, einmalige Vermögensabgabe erheben. Über die Höhe wird nichts ausgesagt. Große Erbschaften sollen stärker als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Der Grundfreibetrag soll von derzeit 8.004 auf 8.500 Euro angehoben werden. Die Geringverdiener wollen *Die Grünen* vor allem bei den (Sozial)-Abgaben entlasten, weniger bei den Steuern. Das Ehegattensplitting soll zur Individualbesteuerung weiter entwickelt werden. Die komplizierte Familienförderung wollen *Die Grünen* durch eine einheitliche Kindergrundsicherung ersetzen. Die Gewerbesteuer soll zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer entwickelt werden. (Die Bemessungsgrundlage wird hier erweitert). Auch Freiberufler sollen in die Gewerbesteuer eingezogen werden. Die ökologische Steuerreform wollen *Die Grünen* weiter führen. Statt einer Entfernungspauschale soll es eine Mobilitätszulage geben, die allen Beschäftigten gezahlt wird. Das Dienstwagenprivileg für große Spritfresser soll ebenso abgeschafft

werden wie die Steuerbefreiung von Flugbenzin. Die Kohlesubventionen sollen beendet und die Ausnahmen bei der Ökosteuer gestrichen werden.

DIE LINKE will den Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer auf 9.300 Euro erhöhen, so dass mehr als 12.000 Euro brutto im Jahr steuerfrei bleiben. Der Spitzensteuersatz soll auf 53 Prozent angehoben werden. Die Steuerbelastung soll bis zum Spitzensteuersatz von 53 Prozent linear ansteigen (Eintrittspunkt 65.000 Euro). Das führe dazu, dass diejenigen, die weniger als 70.245 Euro im Jahr zu versteuern haben, entlastet werden, diejenigen, die mehr haben, belastet werden. Kapitalerträge sollen wieder zum persönlichen Steuersatz versteuert werden, statt der jetzt üblichen 25 Prozent Pauschalsteuer. Das Ehegattensplitting wird abgeschafft. Die Erbschaftssteuer soll erhöht werden. Die Vermögenssteuer soll als Millionärssteuer wieder eingeführt werden. DIE LINKE fordert, Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent zu besteuern. Die Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 15 Prozent soll wieder zurückgenommen und die Bemessungsgrundlage verbreitert werden. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent soll auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks, auf Hotellerie und Gastronomie sowie auf den Schienenpersonenverkehr ausgeweitet werden.

3.3 Haushaltspolitik

Zur Haushaltspolitik bleiben die Aussagen recht allgemein. Die **CDU/CSU** bekennt sich zu „soliden Finanzen“, zum Ziel eines ausgeglichenen Haushalts und zur von ihr selbst durchgesetzten Schuldenbremse, zur Währungsstabilität sowie zum europäischen Stabilitätspakt. Die Neuverschuldung soll gesenkt werden, indem die zur Krisenbekämpfung notwendigen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abgetragen werden.

Die **FDP** fordert schärfer ein „prinzipielles Neuverschuldungsverbot für Bund, Länder und Gemeinden“. „Neue Schulden sind nur in Notlagen zu verantworten.“ In normalen Zeiten müssten Überschüsse erwirtschaftet werden, damit die Schulden vorheriger Jahre zurückgezahlt werden können.

Die **SPD** bekennt sich zu einer antizyklischen Haushaltspolitik. Die Schulden, die jetzt für die Konjunkturstabilisierung ausgegeben werden, müssten in guten Zeiten konsequent zurückgefahren werden. Schuldenabbau dürfe aber nicht dazu führen, dass notwendige Investitionen verhindert werden.

Die Grünen sprechen sich zwar auch für eine Schuldenbremse aus, der Verkauf von öffentlichen Vermögen dürfe aber nicht länger als Konsolidierung deklariert werden. Ziel müsse eine ökonomisch verträgliche Rückführung der Schuldenstandsquote sein. Die aufgehäuften Schulden ließen sich nicht binnen weniger Jahre zurückführen. Steuersenkungen auf Pump lehnen *Die Grünen* ab.

DIE LINKE nimmt nicht zur Haushaltspolitik Stellung.

4. Sozialpolitik

Die **CDU/CSU** handelt dieses Politikfeld in zwei verschiedenen Kapiteln ab. Im Kapitel I, das der Sozialen Marktwirtschaft gewidmet ist, werden Altersversorgung (Renten) und die Gesundheitspolitik (einschließlich Pflege) abgehandelt. Im Kapitel II „Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen“ geht es u. a. um das soli-

darische Miteinander, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und um die Wahlfreiheit für Familien. Der Zusammenhalt der Generationen wird als eines der entscheidenden gesellschaftspolitischen Ziele herausgestellt. Es bleibt aber hier bei unverbindlichen allgemeinen Bekenntnissen.

Bei der Rente lobt sich die CDU/CSU zunächst selbst. Die Altersvorsorge in Deutschland sei wieder verlässlich – „nicht zuletzt dank der maßvollen Anhebung des Renteneintrittsalters". Das sei die Voraussetzung dafür, auch künftigen älteren Generationen den Lebensstandard zu sichern. Die Union bekennt sich zur gesetzlichen Rentenversicherung als ein erfolgreiches Instrument zur Vermeidung von Armut im Alter. Gleichzeitig grenzen sich CDU und CSU von einer Erweiterung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ab. Diese würde die Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung nicht lösen. Die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut wird ebenfalls gesehen. Man will sich dafür „stark machen", dass diejenigen, die „ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums" erhalten. Diese soll bedarfsabhängig ausgestaltet und aus Steuermitteln finanziert werden. Kindererziehungszeiten sollen noch besser in der Rente berücksichtigt werden. Auch private Vorsorge soll steuerlich besser gestellt werden. Der Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II pro Lebensjahr soll „wesentlich" erhöht werden. Bedingung dabei ist, dass das Altersvorsorgevermögen erst mit dem Eintritt in den Ruhestand verfügbar ist.

Im Gesundheitswesen soll es keinen Kurswechsel geben. Es gehe um eine „ständige Weiterentwicklung". Mehr Transparenz und Wettbewerb, aber weniger Bürokratie – so lautet hier die Orientierung. Ausdrücklich bekennt man sich zu den „freien Berufen", die auch weiterhin eine der tragenden Säulen erstklassiger Patientenversorgung bleiben müssten. Medizinische Versorgungszentren sollten „nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden". Die CDU/CSU bekennt sich „zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen, die zu einem freiheitlichen Gesundheitssystem in Zukunft als Voll- und Zusatzversicherung gehören".

Die **FDP** setzt auf „Eigenverantwortung gegen Bevormundung durch die bürokratischen Auswüchse des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates". Die Politik staatlich verordneter Gleichheit habe bisher immer zu Unfreiheit geführt. Die Partei plädiert für ein „Bürgergeld", in das *alle* Sozialleistungen (inklusive der für Miete, Sozialbetreuung usw.) eingehen sollen. Die Leistungen werden „grundsätzlich pauschaliert" gewährt. Der Bürgergeldanspruch für alleinstehende ohne Kinder soll im Bundesdurchschnitt 662 Euro pro Monat betragen. Bei der Berechnung des Bürgergeldanspruchs werden alle Erwachsenen und Kinder einer Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Das Bürgergeld werde vom Finanzamt berechnet und ausgezahlt. Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit werde das Bürgergeld gekürzt. Es wird ein Freibetrag von 100 Euro bei Erwerbseinkommen gewährt. Bis 600 Euro sollen vom eigenen Einkommen 40 Prozent und von 600 Euro bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens anrechnungsfrei bleiben. Das Schonvermögen für die Alterssicherung soll verdreifacht werden (750 Euro pro Lebensjahr).

Die Einkommensgrenze für Minijobs ohne Abgaben soll von 400 auf 600 Euro erhöht werden. Bei Einkommen zwischen 600 und 1.000 Euro soll es ansteigende Sozialabgaben geben, und über 1.000 Euro Einkommen sollen dann volle Sozialabgaben entrichtet werden.

Die FDP will die Alterssicherung stärker in Richtung privater Kapitaldeckung umbauen. Bei „versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen" sollen die Versi-

cherten ab dem 60. Lebensjahr selbst entscheiden können, wann sie in Rente gehen. Voraussetzung sei, dass ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen. Alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug sollen aufgegeben und das Rentenrecht in Ost und West vereinheitlicht werden. Die private und die betriebliche Kapital gedeckte Vorsorge müsse gestärkt werden. Die Riester-Rente soll auch für Selbstständige geöffnet werden. Kindererziehungszeiten will die FDP künftig stärker in der Kapital gedeckten Altersvorsorge berücksichtigen.

Beim Gesundheitswesen will die FDP ein „grundlegendes Umsteuern in ein freiheitliches System, das Solidarität und Eigenverantwortung in Einklang bringt". Das heiße in erster Linie Stärkung des Wettbewerbs. Hier nennt die FDP vor allem die „starke private Krankenversicherung". Den gesetzlichen Krankenkassen soll ihre „Beitragsautonomie" belassen und der Gesundheitsfonds wieder abgeschafft werden. Es gelte generell das Prinzip: „Privat kommt vor Staat". Die FDP will die Krankenversicherung generell wegführen von der Lohnbezogenheit der Beiträge und vom Umlageverfahren „hin zu einem leistungsgerechten Prämiensystem, das über Kapitaldeckung eine sichere Grundlage für eine generationengerechte Verteilung der Lasten schafft". Jeder Bürger soll so weit wie möglich selbst bestimmen können, was er wie absichern will. Wer also ein „höheres Sicherheitsbedürfnis" habe, könne sich selbstverständlich für einen umfangreicheren Versicherungsschutz entscheiden. Dabei seien unterschiedliche Tarifgestaltungen möglich.

Die Kosten für die Krankenversicherung der Kinder soll aus Steuermitteln bezahlt werden. Jeder Patient soll eine Rechnung erhalten, die die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen zeigt (Kostenerstattungsprinzip). „Unbürokratisch ausgestaltete Selbstbeteiligungen sind für ein kosten- und gesundheitsbewusstes Verhalten unerlässlich." Die Praxisgebühr hingegen sei bürokratisch und habe keine dauerhafte Steuerungsfunktion.

Die Finanzierung der Pflegeversicherung soll über einen „gleitenden Übergang in ein Kapital gedecktes prämienfinanziertes System" umgestaltet werden. Eine ergänzende private Vorsorge für den Pflegefall soll steuerlich gefördert werden.

Die **SPD** sieht den „vorsorgenden Sozialstaat" als Leitbild organisierter Solidarität. Die Bürgersozialversicherung soll alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Krankheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Altersversorgung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbeziehen. Das bestehende System der Alterssicherung soll stabilisiert werden. Die Rente mit 67 wird verteidigt. Die Renten müssten auch in Zukunft die Gegenleistung für die während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beiträge bleiben. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit sollen begrenzt höher bewertet werden, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte vorhanden sind. Die SPD will in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen. Der flexible Übergang vom Erwerbsleben in die Altersrente soll gefördert werden. Die SPD will die Rentenversicherung langfristig in eine Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln. In einem ersten Schritt sollen die „Solo-Selbständigen" einbezogen werden.

Bei Gesundheit und Pflege ist eine Bürgerversicherung vorgesehen, in die alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Es gelte, alle Einkommen zur Finanzierung der Gesundheitsaufgaben heranzuziehen. Deshalb würde sich auch der Steueranteil für die gesetzliche Krankenversicherung erhöhen. Das Prinzip der Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteilen bei der Finanzierung soll wieder (auch für den Ar-

beitnehmer-Sonderbeitrag von 0,9 Prozent) gelten. Die Krankenhäuser sollen für die ambulante Versorgung geöffnet werden. Bei der Pflege will die Partei nicht nur die häusliche Pflege (wie die CDU/CSU) stärken, sondern auch für nahe Angehörige einen Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit von bis zu 10 Tagen einführen.

Die Grünen räumen ein, dass sie in der Regierungszeit von Rot-Grün dem Anspruch einer armutsfesten Existenzsicherung durch ihre Arbeitsmarkt-Reformen und durch das Arbeitslosengeld II nicht gerecht geworden sind. Sie fordern jetzt 420 Euro als Regelsatz für Erwachsene. Sie wollen eine Grundsicherung, die ohne Sanktionen auskommt. Die Zumutbarkeitsregeln beim Arbeitslosengeld II sollen entschärft werden. Über die 100 Euro Hinzuverdienst hinaus sollen für jeden Euro (bis 400 Euro) 50 Cent beim Arbeitslosen verbleiben. Die Anrechnung von Partnereinkommen soll abgeschafft und die private Altersvorsorge besser geschützt werden. Darüber hinaus soll es eine Kindergrundsicherung geben. Zahlen werden hier nicht genannt.

Die Grünen wollen eine Bürgerversicherung, in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einzahlen und die allen – unabhängig von ihrem Geldbeutel – die notwendige und angemessene medizinische Versorgung garantiert. Über das Lohneinkommen hinaus sollen auch andere Einkommensarten wie Kapitaleinkommen und Einkommen aus gewerblicher Vermietung und Verpachtung in die Finanzierung einbezogen werden.

Die Partei will auch eine umfassende Reform der Altersicherung. Die gesetzliche Alterssicherung mit ihrer Umlagefinanzierung soll Kernstück der Sicherung im Alter bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssten sich darauf verlassen können, dass sie als langjährig Versicherte der Gesetzlichen Rentenversicherung auch als Geringverdienende, Teilzeitbeschäftigte oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Deshalb sollen unzureichende Ansprüche auf ein Mindestniveau aufgestockt werden. Diese Aufstockung soll es auch schon für jetzige Rentnerinnen und Rentner geben. Außerdem soll es eine solidarisch finanzierte Garantierente geben, die aus Steuermitteln finanziert wird. Die Renteneinzahlungen für Langzeitarbeitslose sollen in einem ersten Schritt wieder auf das frühere Niveau angehoben werden. *Die Grünen* wollen flexible Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand. Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente soll wieder auf 63 Jahre gesenkt werden. Ein Bezug von Teilrente soll ab dem 60. Lebensjahr möglich sein. Langfristig soll die Rentenversicherung zu einer „Bürgerversicherung für alle“ weiterentwickelt werden, in die die Erwachsenen unabhängig vom Erwerbsstatus mit Beiträgen auf alle Einkommen einzahlen. Die anteilige Mitfinanzierung der gesetzlichen Altersvorsorge durch die Arbeitgeber soll beibehalten werden.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen, d. h. alle Erwerbslosen gleich behandeln, den gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistungen herstellen und alle Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln. Für die kommende Wahlperiode fordert die Partei die Anhebung der Mindestsätze auf 500 Euro. Nachweisbare Sonderbedarfe sollen zusätzlich übernommen werden, das Kindergeld anrechnungsfrei sein und der Sanktionsparagraph abgeschafft werden. Bei den Mietzahlungen soll der Mittelwert der ortsüblichen Vergleichsmiete gelten. Die U 25-Regelung soll ersatzlos gestrichen werden. Die Vermögensfreigrenzen sollen auf 20.000 Euro erhöht und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.

In der Rentenpolitik will DIE LINKE einen grundlegenden Kurswechsel durchsetzen. Der Lebensstandard im Alter soll gesichert und gleichzeitig den langjährigen Beitragszahlerinnen und -zahlern eine Rente „deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus“ geboten werden. Sämtliche Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel sollen gestrichen werden, damit die Rente wieder der Lohnentwicklung folgt. Die gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden. Selbständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker sollen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben werden. Die damit verbundene Rentenerhöhung soll abgeflacht und die Mittel für eine solidarische Umverteilung sollen vergrößert werden. Die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge soll eingestellt werden. Die Rente mit 67 soll abgeschafft und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr geschaffen werden. (Ab wann das erfolgen soll, wird nicht mitgeteilt). Ein abschlagfreier Zugang zu Erwerbsminderungsrenten soll eröffnet und die Berufsunfähigkeitsrente wieder eingeführt werden. Kein Mensch dürfe im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben. Die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West soll beseitigt werden.

Die Vorstellungen der LINKEN in der Gesundheitspolitik beinhalten, dass alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen, die Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen aufgehoben und der Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder abgeschafft werden. Ebenso sollen alle Zuzahlungen und die Praxisgebühr wieder abgeschafft und der Anspruch auf Brillen und Zahnersatz wieder eingeführt werden. Eine Positivliste bei Medikamenten soll eingeführt und die elektronische Gesundheitskarte verhindert werden. Die Privatisierung von Krankenhäusern soll gestoppt oder rückgängig gemacht und der Pflegenotstand beseitigt werden.

5. Ostdeutschland

Die **CDU/CSU** verspricht, den Solidarpakt II zu erfüllen. Die Investitionszulage soll bis 2013 verlängert werden und die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ fortgeführt werden. Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu senken, will die Partei das Konzept der „Bürgerarbeit“ (wie in Sachsen-Anhalt erprobt) weiter vorantreiben und seine Übertragbarkeit auf größere Regionen „prüfen“. Besonders die familiennahe Infrastruktur soll stärker gefördert werden, um jungen Menschen eine Perspektive in gering besiedelten Regionen aufzuzeigen. Ein Lehrstuhl zur „Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes“ an einer Berliner Universität soll dauerhaft etabliert werden. Neben dem Einheitsdenkmal in Berlin soll es auch eines in Leipzig geben.

Ähnlich wie die Union spricht sich die **SPD** für die uneingeschränkte Geltung des Solidarpaktes II, der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ und anderer vereinbarter Vorhaben aus. Darüber hinaus hebt sie die Notwendigkeit der verstärkten Forschungs- und Investitionsförderung hervor. Generell spricht sie sich für das Prinzip „Stärken stärken“ aus. Um Fachkräfte in der Region zu halten, sollen Jungendlichen Anreize geboten werden, nicht in andere Regionen abzuwandern. Im Unterschied zur CDU/CSU will die SPD die versicherungspflichtige Beschäftigung stärken, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn durchsetzen.

Die **FDP** verzichtet auf ein eigenes Kapitel zu Ostdeutschland. Sie will generell wirtschaftlich schwache Regionen fördern, indem Modellregionen geschaffen werden.

Hier soll den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, befristet Regelungen zu treffen, die „gegenüber dem Bundesrecht eine Deregulierung und Entbürokratisierung zur Folge“ haben müsse. Die Vergabe von Fördermitteln solle nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Die Mittel aus dem Solidarpakt II sollten vorrangig für Investitionen eingesetzt werden.

Die Grünen wollen mehr Mittel aus dem Solidarpakt II in Forschung und Bildung investieren und weniger in Verkehrsinfrastruktur und klassische Wirtschaftsförderung. Die Energieversorgung Ostdeutschlands soll mittelfristig zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen. Mittelfristig soll aus der Braunkohleförderung ausgestiegen werden. Ostdeutschlands Landwirtschaft soll gentechnikfrei werden. Eine besondere Rolle käme dem ökologischen Landbau zu, der besonders gefördert werden müsse. Das Recht auf einen qualifizierten Schulabschluss und eine Ausbildung wollen *Die Grünen* u. a. durch ein flächendeckendes Netz von Produktionsschulen sicherstellen, in denen berufliche Ausbildung mit erwerbsorientierter Produktion verknüpft wird. Die ostdeutschen Hochschulen sollen gestärkt werden (u. a. durch bessere familienfreundliche Studienangebote und Wissenschaftsbedingungen). *Die Grünen* verteidigen die im Osten gültige Hochwertung der Entgeltpunkte im Rentenrecht.

DIE LINKE geht davon aus, dass der „Aufbau Ost“ als „Nachbau West“ gescheitert ist. Die ostdeutsche Wirtschaft habe dann eine Chance, wenn sie auf erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz setze und entsprechende Technologien und Produkte mit Macht vorantreibe. Ostdeutschland könne zu einer sozial-ökologischen Modellregion werden. DIE LINKE fordert im Einzelnen für Ostdeutschland, den Grundsatz „Gleiche Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeit“ zu verwirklichen und einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Die Rentenwerte Ost an sollen an die Rentenwerte West angepasst und die Hochwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter beibehalten werden, bis die Angleichung bei Löhnen und Gehältern erfolgt ist. Die Überführungslücken und -ungerechtigkeiten sollen beseitigt werden. Die Regionalplanung sei zu demokratisieren, regionale Leitbilder zu entwickeln und Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus zu gestalten. Die „Ausstattungsvorsprünge“ Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der vielgegliederten kulturellen Landschaft seien zu erhalten und auf den Westen zu übertragen. Der in Ostdeutschland besonders ausgeprägte Niedriglohnsektor solle energisch bekämpft werden. Tarifliche Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe und Ausschreibungen sollen gefördert werden. DIE LINKE ist die einzige Partei, die den respektvollen Umgang mit den unterschiedlichen Biografien in Ost und West einfordert.

6. Umwelt- und Energiepolitik

6.1 Umweltpolitik allgemein:

Auf dem Gebiet der Umweltpolitik stimmen die untersuchten Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2009 in vielen Einzelaussagen überein. Jedoch sind diese Einzelaussagen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen generellen Politikkonzepte zu bewerten. Neu ist, dass sich insbesondere CDU und CSU, aber auch die SPD aus dem grünen Baukasten bedient haben. Die Unionsparteien bleiben dabei jedoch stets im traditionellen Sinne wirtschaftsorientiert. Die SPD hat dagegen zumindest partiell auch grünes Denken übernommen. Während die FDP glaubt, der Markt sei *das* ideale Steuerungsinstrument, setzen *Die Grünen* und die SPD auf einen Mix aus

ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen. Dagegen betont DIE LINKE, die ebenfalls einen solchen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen in ihrem Instrumentenkasten bereithält, stärker soziale Fragen und Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln.

Die Grünen, DIE LINKE und die SPD warnen davor, die Finanzkrise einerseits und die Klima- und Umweltkrise andererseits gegeneinander auszuspielen. Sie verlangen, dass umweltschädliche Subventionen und Steuerbefreiungen abgebaut werden. Wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten müsse sich mehr auszahlen als nicht nachhaltiges Verhalten. Vor allem SPD und *Grüne* sehen in ökologischer Industriepolitik einen Job-Motor.

Zwar vertreten die **Unionsparteien** in ihrem Wahlprogramm die Auffassung, dass Wirtschaft und Umwelt zusammen gedacht werden müssten. Doch Priorität hat dabei für sie die Ökonomie, nicht die Ökologie. Das wird deutlich, wenn sie fordern, dass Energiepreise die Substanz des Wirtschaftsstandortes Deutschlands nicht gefährden dürften. CDU/CSU propagieren ein Zukunftsprojekt „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“. Die effiziente Nutzung von Energie und Rohstoffen, erneuerbare Energien sowie eine nachhaltige Wasser- und Kreislaufwirtschaft würden Ökonomie mit Ökologie vereinbaren und gewaltige Wachstumspotenziale bieten. „Wir begreifen die Umwelttechnologien als eine große Chance für den Exportweltmeister Deutschland.“

Während die **FDP** in der Umwelt- und Energiepolitik auf Fortschritt durch moderne Technik setzt, will die **SPD** ein nachhaltiges Deutschland schaffen, das ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen herstellt. Die SPD verspricht, Ökonomie und Ökologie zu einem schlüssigen Konzept des Umbaus der Industriegesellschaft zu verbinden. Sie strebt eine „ökologische Industriepolitik der Zukunft“ an mit dem Ziel, durch effizientere Technologien Ressourcen einzusparen. Die Ressourceneffizienz soll bis 2020 im Vergleich zu 1990 verdoppelt werden. Ökologische Industriepolitik stelle die industrielle Struktur der Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen ein und die stoffliche Basis der Industrie in wichtigen Bereichen zunehmend auf nachhaltige Technologien und nachwachsende Rohstoffe um. So könnten neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

Die Grünen streben mit ihrem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag an, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sie wollen in einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr, in energetische Gebäudesanierung, Energieeffizienz und in moderne Energienetze investieren. Sie setzen sich für einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, für ökologische Investitionen und energie- und ressourceneffiziente Produkte und Produktionsprozesse ein: von der Automobilindustrie über den Maschinenbau bis zur Chemieindustrie. Mit ihrem Green New Deal wollen sie nicht weniger als eine neue industrielle Revolution einleiten und eine Million neuer Arbeitsplätze in Deutschland schaffen. *Die Grünen* möchten die Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Umwelt verlagern. So wollen sie im Zuge der von ihnen angepeilten ökologischen Finanzreform einerseits u. a. die Steuerbefreiung von Flugbenzin abschaffen und zukünftig Brennelemente wie fossile Brennstoffe besteuern und andererseits die Stromsteuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien abschaffen.

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass eine radikale Kehrtwende in der Umweltpolitik notwendig sei: „Wir brauchen einen Schutzschirm für die Umwelt, um den weiteren Temperaturanstieg zu stoppen und die Umweltzerstörung zu verhindern.“ Die konkre-

te Ausgestaltung von Umweltpolitik dürfe jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft in „Arm und Reich“ führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssten auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet sein. DIE LINKE fordert einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Produktionsprozesse und Produkte müssten nachhaltig gestaltet, regionale Wirtschaftskreisläufe vorrangig gefördert und die Wirtschafts- und Forschungsförderung sozial- und umweltgerecht ausrichtet werden. Sie schreibt in ihrem Wahlprogramm: „Die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen daher in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor 10 reduziert werden. Kapitalistisches Wirtschaftswachstum sollte nachhaltigen Lebensstilen und sozial-ökologischem Wirtschaften weichen.“

6.2 Klimaschutz:

Angesichts des dramatischen globalen Klimawandels haben sich alle Parteien den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben. Sie wollen dem globalen Klimawandel entgegensteuern und die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung begrenzen. Sie möchten dazu beitragen, die durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu beschränken. Der Treibhausgas-Ausstoß soll deutlich gesenkt werden. Während CDU/CSU, SPD und *Grüne* den CO_2-Ausstoß in Deutschland bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent senken wollen, fordert DIE LINKE, den Treibhausgas-Ausstoß in diesem Zeitraum zu halbieren und bis Mitte des Jahrhunderts um mindestens 90 Prozent zu senken. Die FDP hält eine Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes bis 2020 EU-weit um 30 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 für erforderlich. Hierzu soll auch Deutschland „im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung“ seinen Anteil erbringen.

Die **Unionsparteien** halten einen „Umweltpakt Deutschland“ als eine neue Form der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat in den Schlüsselfragen von Ökologie und Ökonomie für notwendig. Ökologie werde für die Ökonomie des 21. Jahrhunderts immer wichtiger. Um dem Klimawandel entgegenzusteuern, ziehen CDU und CSU Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente staatlichen Regulierungen und Vorschriften vor. Sie wollen neue Energiequellen erschließen und propagieren ein Zukunftsprojekt „Modellregion für Elektroautos“, nach dem bis 2020 auf deutschen Straßen eine Million Elektroautos im Einsatz sein sollen.

Die **FDP** plädiert für einen „Entwicklungspfad für 2050“ mit einer Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes um 60 bis 80 Prozent in den Industrieländern. Die FDP setze sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens ein – unter Einschluss der USA, Chinas und Indiens. Vorrangiges Ziel sei ein globaler Kohlenstoffmarkt. Leitlinie für alle müsse sein, CO_2 dort einzusparen, wo es am günstigsten ist. Angesichts eines Anteils der EU von 16 Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen würden aber Insellösungen nicht helfen, wenn sie ausschließlich zu Produktionsverlagerungen führen, bremst die FDP nationale Anstrengungen.

Die **SPD** will zur Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland einen speziellen Klimaschutz-Innovationsfonds etablieren, der umfassend Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellt. Nach dem Willen der SPD soll Deutschland die Ideenschmiede der Welt in Sachen Klimaschutz werden. Das schaffe auch neue Jobs. Mit ihrer Klimaschutzpolitik will die Partei bis zum Jahr 2020 im Sal-

do aller gesamtwirtschaftlichen Effekte 500.000 zusätzliche Jobs schaffen. Bis 2030 könnten es sogar 800.000 Stellen sein.

Die Grünen streben an, den Klimaschutz als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Klimaschutz sei längst auch eine ökonomische Frage – und werde immer mehr zu einer sozialen Frage. Nach Auffassung der **LINKEN** sei ambitionierter Klimaschutz nicht nur wichtig für den Erhalt der natürlichen Umwelt, sondern zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, verschärfe der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. DIE LINKE will schrittweise schärfere CO_2-Vorgaben für Industrie und Individualverkehr machen. Sie plädiert für einen Zukunftsfonds, der mit 100 Milliarden Euro ausgestattet sein und denjenigen Unternehmen zur Verfügung stehen soll, die sich in Produkten und Verfahren sozial und ökologisch weiterentwickeln wollen.

6.3 Emissionshandel:

Der Emissionshandel wird von den Parteien unterschiedlich bewertet. Während er von der LINKEN in seiner bisherigen Form abgelehnt wird, befürworten ihn die anderen Parteien prinzipiell. Langfristig streben CDU/CSU, FDP und *Grüne* an, den Emissionshandel zu einem globalen System weiterzuentwickeln und auch weitere Branchen mit einzubeziehen. **CDU/CSU** sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelssystem einen Ziel führenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie: „Wir wollen den Emissionshandel unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie fortentwickeln." CDU/CSU wollen, dass mit Einnahmen aus dem Emissionshandel auch Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Vorbeugung gegen die Folgen des Klimawandels finanziell unterstützt werden.

Die **FDP** ist der Auffassung, dass der Emissionshandel einen wirksamen Umweltschutz zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten gewährleiste. Er könne zahlreiche Regulierungen, Subventionen und Umweltsteuern ersetzen. Die FDP möchte den Emissionshandel auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten und hierdurch bedingte Zusatzbelastungen für den Verbraucher durch Steuersenkungen ausgleichen. Es sei sinnvoll, Emissionsrechte zunehmend marktwirtschaftlich durch Versteigerung zu verteilen und zugleich die besondere Situation energieintensiver Branchen im internationalen Wettbewerb zu berücksichtigen.

Nach Meinung der **SPD** ist der Emissionshandel das zentrale Instrument, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen. ***Die Grünen*** sind der Auffassung, dass der Emissionshandel erst dann seine Wirkung ganz entfalten könne, wenn die Zertifikate grundsätzlich versteigert werden und es keine Schlupflöcher mehr für energieintensive Branchen gibt. Damit die Entwicklungsländer eine faire Chance auf nachhaltiges Wachstum hätten, müssten Klimapolitik und das Recht auf Entwicklung bei den konkreten Reduktionszielen in Einklang gebracht werden. Hier sei ein weltweit organisierter Emissionshandel ein geeignetes Instrument.

DIE LINKE vertritt die Position, dass sich das bisherige System des Emissionshandels als weitgehend unwirksam erwiesen habe, weil Emissionsrechte in der Regel verschenkt worden und die Vorgaben zur Verringerung des CO_2-Ausstoßes zu schwach gewesen seien. Sie schreibt: „Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU hat bislang versagt. Er hat zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen."

In Zukunft müssten Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten. Extraprofite der Energiekonzerne aus dem Emissionshandel müssten besteuert werden. Anstelle einer kostenlosen Vergabe müssten Emissionszertifikate versteigert werden. Versteigerungserlöse seien für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einsetzen.

6.4 Energiepolitik:

In der Energiepolitik setzen alle Parteien in ihren Bundestagswahlprogrammen auf Erneuerbare Energien, auf Energieeffizienz und auf Energiesparen. Dennoch unterscheiden sich ihre Konzepte deutlich voneinander.

Die **Unionsparteien** erklären: „Unsere Energiestrategie setzt auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und Unabhängigkeit." Die Union will die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums vom Ressourcenverbrauch weiter abkoppeln. Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent gesteigert werden, der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bei 30 Prozent liegen und sich die Energieeffizienz im Vergleich zu 1990 verdoppeln. Deutschland brauche eine nationale Energiestrategie: „Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen." Und an anderer Stelle heißt es: „Wir streben eine langfristige Energiepolitik der Europäischen Union an, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht."

Die **FDP** schreibt: „Wir wollen auch in Zukunft die Versorgungssicherheit in Deutschland durch einen ideologiefreien Mix aus Energieträgern und Erzeugungstechnologien sichern. Bezugsquellen fossiler Rohstoffe sind breit zu streuen, um einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern oder Energieträgern zu vermeiden. Erforderlich ist eine strategisch angelegte Energieaußenpolitik." Deutschland brauche ein konsistentes Energiekonzept, das die Energieversorgung umweltfreundlich, sicher und bezahlbar macht. Die FDP fordert in diesem Kontext Steuersenkungen auf Energie und will Wettbewerb auf den Energiemärkten. Dazu müsse die heute auf nur vier Unternehmen konzentrierte Herrschaft über die Energieerzeugung aufgebrochen werden. Die Partei strebt eine Entflechtung der Energienetze an und tritt für den Ausbau der Energieinfrastruktur ein. Klimaschutz, Ressourcenschonung und Versorgungssicherheit verlangten nach Alternativen zu Kohle, Öl und Gas. Daher soll der Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch erhöht werden.

Die **SPD** tritt für eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik ein und will verhindern, dass aus einem immer härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen. Die Herstellung von Agrartreibstoffen dürfe die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden. Deutschland soll im Bereich der Energie mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden. Im Jahre 2020 sollen mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umgestellt sein, 2030 soll der Anteil schon bei 50 Prozent liegen. Bis 2020 sollen 11 Prozent des jetzigen Strombedarfs eingespart werden.

Die Grünen wollen die Energiewende „weg vom Öl, weg von Kohle und Uran". Bis 2040 sollen in Deutschland 100 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen bereitgestellt werden, in der Stromerzeugung soll dieses Ziel schon bis 2030 erreicht werden.

Nach Auffassung der **LINKEN** müsse mittelfristig der komplette Energiebedarf in Deutschland aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Als Etappenziel fordert DIE LINKE für 2020, dass der Anteil erneuerbarer Energien im Strombereich mindestens die Hälfte und im Wärme- und Kältesektor ein Viertel betragen soll. DIE LINKE will die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell müsse entflochten und die Energieversorgung weitgehend rekommunalisiert werden. Strom- und Gasnetze müssten vergesellschaftet werden. Besonders wichtig sei die dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand. DIE LINKE fordert, Wärme aus erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben und einen Energiesparfonds mit dem Fokus auf Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte einzuführen. Sie verlangt, die Strom- und Gaspreisaufsicht durch die Länder wiedereinzuführen und Verbraucherbeiräte in der Preisaufsicht zu schaffen.

6.5 Nutzung der Kernkraft und fossiler Energieträger

Zu den Hauptstreitpunkten auf dem Gebiet der Energiepolitik gehört die Frage der Nutzung der ***Kernkraft*** und der Nutzung ***fossiler Energieträger***. **CDU/CSU** und **FDP** halten die Kernenergie vorerst für einen unverzichtbaren Teil in einem ausgewogenen Energiemix. Die Kernenergie sei als Übergangs- bzw. Brückentechnologie zur Stromversorgung notwendig, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar seien. Daher streben sie eine Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke an.

Dagegen wollen die **SPD** und ***Die Grünen*** den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fortsetzen und komplett aus der Atomenergie aussteigen. Sie lehnen eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ab. *Die Grünen* möchten alte, besonders riskante Meiler vorzeitig vom Netz nehmen.

DIE LINKE konstatiert: „Der rot-grüne Atomkonsens von 2000 ist Nonsens, denn die garantierten Restlaufzeiten dienen zuallererst den Profitinteressen der Atomindustrie." DIE LINKE fordert daher die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen sowie ein Verbot für den Export von Atomtechnik.

CDU/CSU, **FDP** und **SPD** treten für eine effiziente Nutzung fossiler Energieträger ein. Nach ihrer Auffassung könne auf absehbare Zeit auf die Nutzung von Kohle und Gas nicht verzichtet werden. Die drei Parteien befürworten daher den Bau neuer hocheffizienter Kohlekraftwerke. Die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO_2 (CCS) könne einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger leisten. Vor allem die SPD setzt auf Kraft-Wärme-Kopplung und will sie bis 2020 massiv auf einen Anteil von mindestens 25 Prozent an der gesamten Stromversorgung ausbauen. Sie möchte auch das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindern und ihn auf einem niedrigen Sockel erhalten.

Die Grünen fordern ein Moratorium gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke und lehnen den Bau neuer klimaschädlicher Kohlekraftwerke ab. Neue Kohlekraftwerke würden ebenso wie eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung blockieren. Die CCS-Technik sei ein ungedeckter Scheck. Das von der großen Koalition vorgelegte Gesetz zur CCS-Technologie lehnen *Die Grünen* ab. Sie streben an, dass in einer Übergangszeit nur noch moderne und effiziente Gaskraftwerke gebaut werden können.

DIE LINKE lehnt wie *Die Grünen* die Planung und den Bau neuer Kohlekraftwerke ebenso ab wie die von der Energiewirtschaft propagierte Verpressung von CO_2 in den Untergrund (CCS-Technik). Der notwenige Wandel in den bisher vom Bergbau geprägten Regionen solle ökologisch und sozial ausgewogen gestaltet werden.

6.6 Haltung zur Nutzung der Bio- und Gentechnologien

Während CDU und FDP prinzipiell für die Nutzung von Bio- und Gentechnologien eintreten, lehnen Die Grünen und DIE LINKE, aber auch die CSU insbesondere die Agro-Gentechnik ab. **CDU/CSU** schreiben in ihrem Wahlprogramm: „Wissenschaft braucht klare ethische Einbettung und Orientierung. Das gilt gerade für die moderne Bio- und Gentechnologie." Die Auseinandersetzung über ethische Grenzen der Forschung müsse sachlich und in der Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb forschungsfreundliche Rahmenbedingungen brauche, geführt werden. In umstrittenen Forschungsbereichen, insbesondere in der grünen Gentechnik, sei Sicherheitsforschung erforderlich.[1] Die **FDP** lehnt „Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien" ab. Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grüne Gentechnik, Biotechnologie und Nanotechnologie dürften nicht stigmatisiert, sondern müssten in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten und verantwortungsvollen Rahmenbedingungen gefördert werden.

Die **SPD** nimmt in dieser Frage eine Mittelposition ein. Sie plädiert für Wahlfreiheit in Sachen Gentechnik und setzt sich für die Ausweitung der Kennzeichnung für gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel auf Erzeugnisse ein, die von mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefütterten Tieren stammen.

Die Grünen lehnen Gentechnik „im Essen und auf dem Acker" ab und setzen sich für ein Verbot von Gentech-Pflanzen ein. Sie wollen gentechnische Veränderungen klarer und deutlicher kennzeichnen. Zur Biotechnologie heißt es im Wahlprogramm der *Grünen*: „Nicht nur in der Medizin, den Lebenswissenschaften und der Biotechnologie ist ein verantwortlicher Umgang mit Menschen unerlässlich." Auch der Schutz von Umwelt und Tieren mache Grenzziehungen für die Forschung nötig.

DIE LINKE will Agro-Gentechnik verbieten und die Kennzeichnungspflicht von gentechnischen Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent verschärfen. Sie unterstützt gentechnikfreie Regionen und auf sie hinführende Initiativen. Patente auf Lebewesen und deren Gene lehnt sie ab.

7. Bildungs- und Familien-Politik

7.1 Bildungspolitik

Auf dem Gebiet der Bildungspolitik betonen alle Parteien die Bedeutung von guter Bildung als entscheidendem Zukunftsfeld. CDU/CSU, FDP, SPD und LINKE wollen gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes für Bildung und Forschung

[1] Demgegenüber erklärt die CSU in ihrem Wahlaufruf zur Bundestagswahl 2009: „Wir wollen die Entscheidung über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen selbst bei uns in Bayern treffen." Und: „Wir wollen keinen kommerziellen Anbau grüner Gentechnik in Bayern." (Wahlaufruf der Christlich-Sozialen Union zur Bundestagswahl 2009. Was unser Land jetzt braucht: Eine starke CSU in Berlin. Beschluss des Parteitags der Christlich-Sozialen Union am 17./18. Juli 2009 [in Nürnberg] (im Folgenden: Wahlaufruf der CSU), S. 3/4.

bzw. sieben Prozent für Bildung bereitstellen. Während CDU/CSU und SPD dieses Ziel bis 2015 erreichen möchten, strebt die FDP diese Marke bereits für 2010 an. Auch *Die Grünen* wollen massiv ins Bildungssystem investieren und dafür frei werdende Mittel des Solidaritätszuschlags im Sinne eines „Bildungssolis" und Teile einer reformierten Erbschaftssteuer nutzen. Die SPD will auf sehr hohe Einkommen einen Bildungszuschlag einführen. DIE LINKE verlangt von Bund und Ländern, im Rahmen eines nationalen Bildungspaktes jährlich rund 18 Milliarden Euro mehr ***in Bildung*** zu ***investieren***. Während für CDU/CSU und FDP Bildung Ländersache bleiben soll, sind SPD, *Grüne* und LINKE der Auffassung, dass ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden müsse.

Alle Parteien (mit Ausnahme der FDP) sprechen sich für den flächendeckenden Ausbau von ***Ganztagsschulen*** aus. Während CDU/CSU und FDP das gegliederte ***Schulsystem*** nicht in Frage stellen, treten die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE für ein längeres gemeinsames Lernen ein und wollen (langfristig) das gegliederte Schulsystem überwinden. Im Unterschied zu den anderen Parteien machen sich CDU und CSU für den konfessionellen ***Religionsunterricht*** stark, der in allen Bundesländern zum Kanon der Pflichtfächer zählen müsse.

Während die FDP die Erhebung von ***Studiengebühren*** (von ihr Studienbeiträge genannt) befürwortet und die CDU/CSU zu diesem Thema schweigt, lehnen die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE Studiengebühren ab. Während alle Parteien in ihren Wahlprogrammen zur Europa-Wahl im Juni 2009 die Bedeutung des Erwerbs von ***Fremdsprachen*** in einem zusammenwachsenden Europa betont hatten, spielt diese Frage nun in den bildungspolitischen Teilen der Programme zur Bundestagswahl überhaupt keine Rolle mehr.

Alle Parteien vertreten die Auffassung, dass jeder junge Mensch die Chance auf einen ***Ausbildungsplatz*** erhalten müsse. Nur die Wege, die sie dazu einschlagen möchten, unterscheiden sich deutlich. CDU/CSU und SPD setzen hierbei auf den mit der Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakt. Demgegenüber verlangen *Die Grünen* für die Branchen, in denen unterproportional ausgebildet wird, die Ausbildungskosten durch regionale oder branchenspezifische, verpflichtende Umlagesysteme besser zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu verteilen. DIE LINKE fordert die Einführung einer generellen Ausbildungsplatzumlage im dualen System.

Bis auf CDU und CSU sprechen sich alle Parteien (in sich differenziert) für eine Förderung von ***Weiterbildung*** und lebensbegleitendem Lernen aus. Während dies beispielsweise *Die Grünen* durch die Einführung eines Erwachsenen-BAföG attraktiver machen möchten, will die FDP die Studien- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Berufstätigen an den Hochschulen verbessern. DIE LINKE fordert, die Weiterbildung als öffentliche Aufgabe zu verankern und mit einem Weiterbildungsgesetz den Rechtsanspruch, die Finanzierung und Qualität von Weiterbildung zu sichern.

Die **CDU/CSU** will eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive starten. Bildung sei der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, solidarisches und verantwortungsbewusstes Leben. „Unser Land soll Bildungsrepublik werden." Bildung dürfe keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Die Unionsparteien wollen das „bewährte duale System" durch die kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen anpassen.

Die **FDP** schreibt: „Für Liberale gilt: Bildung ist Bürgerrecht." Nur gute Bildung ermögliche gesellschaftliche Teilhabe und befähige zu einem freiheitlichen und selbstbe-

stimmten Leben. Im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft habe sich die Bildung zur eigentlichen sozialen Frage für die Menschen entwickelt. Erforderlich sei ein gerechtes Bildungssystem, das jedem den bestmöglichen Abschluss nach Begabung und Leistung ermögliche, unabhängig von der sozialen Herkunft. „Wir brauchen ein leistungsfähiges Bildungssystem, das auf den Prinzipien von Chancengleichheit, Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung basiert." Die FDP bekennt sich zum Wettbewerbsföderalismus und vertritt die Auffassung, dass Bildung Ländersache sei und bleibe, ist aber für die Schaffung bundesweiter Bildungsstandards und vergleichbarer Schulabschlüsse.

Für die **SPD** ist Bildung ein Menschenrecht. Jeder Mensch habe das gleiche Recht auf eine gute Bildung. Das gelte unabhängig von der Herkunft und unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung sei die Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen könne nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Die SPD will im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist. Die SPD will mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden. Zu ihren Zielen gehört eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre alt sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.

Für ***Die Grünen*** ist der Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Bildungspolitik sei eine grundlegende öffentliche und eine wichtige gesamtstaatliche Aufgabe. Bessere Bildung müsse wieder gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. „Wir brauchen einen kooperativen Föderalismus statt bildungspolitischer Kleinstaaterei." In den nächsten vier Jahren möchten *Die Grünen* 185.000 neue ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräfte einstellen. Mit dem System „Dual Plus" wollen *Die Grünen* ein triales Ausbildungssystem einführen, indem das bestehende „duale System" um eine dritte Säule, die überbetrieblichen Zentren, erweitert wird. Sie wollen außerdem die Berufsausbildung durch Modularisierung und verbindliche Anerkennung von Teilqualifikationen flexibler für Betriebe und Auszubildende gestalteten. Nicht nur Studierenden, sondern auch Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wollen *Die Grünen* die Chance geben, bis zu zwölf Monate lang in einem anderen Land Europas zu leben, zu lernen und zu arbeiten.

Für **DIE LINKE** ist Bildung eine der zentralen Voraussetzungen für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. Bildung eröffne Wege für die persönliche Entwicklung eines Menschen und für berufliche Perspektiven. Deshalb müsse Bildung allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich gemacht werden. Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem müsse eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. DIE LINKE fordert, das Recht auf Bildung im Grundgesetz zu verankern. Sie will Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen und für außerbetrieblich Auszubildende stärken und Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen.

7.2 Familienpolitik

Alle Parteien treten dafür ein, dass die ***Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder*** ausgebaut werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Nach den Vorstellungen von CDU/CSU, FDP, SPD, *Grünen* und LINKEN soll es einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab Vollen-

dung des ersten Lebensjahres eines Kindes geben. Während CDU/CSU ein monatliches Betreuungsgeld für Eltern einführen wollen, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, lehnt die FDP explizit ein solches Betreuungsgeld ab. Den Kindergarten- bzw. -tagesstättenbesuch wollen alle Parteien (langfristig) beitragsfrei ermöglichen. CDU und CSU stellen dies jedoch unter Finanzierungsvorbehalt.

Alle Parteien versprechen, dass sie Deutschland familienfreundlicher machen und die ***Lage von Familien und Alleinerziehenden*** mit Kindern – allerdings mit unterschiedlichen Maßnahmen – finanziell deutlich verbessern wollen. Die FDP, *Die Grünen* und DIE LINKE legen dabei die Betonung auf die Förderung der Kinder, während CDU und CSU traditionell den Akzent auf die Familie setzen. *Die Grünen,* DIE LINKE und die SPD streben – bei Unterschieden im Detail – eine Kindergrundsicherung an.

Die **Unionsparteien** wollen Ehe und Familie weiter stärken: „CDU und CSU bekennen sich zur Ehe als partnerschaftliche Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft und als Kern der Familie." Dieser Rolle müsse das Steuerrecht weiterhin spürbar Rechnung tragen. Die CDU/CSU will zwar vielfältige Formen des Zusammenlebens von Menschen (die Ehe ebenso wie nichteheliche Lebensgemeinschaften von Frauen und Männern oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften) respektieren, lehnen jedoch eine vollständige rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe ab. Gemeinsam mit der steuerlichen Besserstellung von Familien durch die Anhebung des Grundfreibetrages wollen die Unionsparteien das Kindergeld anheben. Für das dritte Kind und für jedes weitere Kind wollen sie das Kindergeld „verbessern".

Für die **FDP** sei Familie jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft, in der generationenübergreifend Verantwortung füreinander übernommen werde. Lebenspartnerschaften müssten mit der Ehe gleichgestellt werden, insbesondere im Steuerrecht, bei Adoptionen und im Beamtenrecht. Die Liberalen wollen Familien steuerlich entlasten. Das Kindergeld solle auf 200 Euro pro Kind und Monat für diejenigen Familien angehoben werden, die den Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können. Kinderbetreuungskosten und Pflegekosten sollen bis zu 12.000 Euro im Jahr gegen Nachweis der Kosten von der Steuer abgesetzt werden können. Die FDP strebt die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung an.

Die FDP tritt für frühkindliche Bildung ein und fordert, dass jedes Kind als familienpolitische Leistung des Bundes einen Bildungs- und Betreuungsgutschein ab dem ersten vollendeten Lebensjahr erhält. Mit den Gutscheinen könnten die Eltern Bildungsangebote für ihre Kinder (wie zum Beispiel Krippen, Musikschulen oder Sportvereine) nutzen: „Für uns steht das Kind im Mittelpunkt." Deshalb sei es sinnvoller, für jedes einzelne Kind Bildungs- und Betreuungsgutscheine einzuführen und damit die Subjektförderung zu stärken, statt Einrichtungen zu unterstützen (Objektförderung).

Die **SPD** sieht in der Familie die wichtigste soziale Einheit in der Gesellschaft. Sie verspricht, ab dem 1. Januar 2010 den Kinderfreibetrag von derzeit 3.864 Euro um weitere 200 Euro je Kind zu erhöhen. Sie will mittelfristig den Familienleistungsausgleich so umgestalten, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist – gleichgültig, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben. Um das zu erreichen, strebt sie die Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag an, der alle Kinder gleich fördert. Das Elterngeld und die Partnermonate sollen so weiterentwickelt werden, dass die partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie noch mehr als bisher gefördert wird. Die SPD stellt einen Aktionsplan gegen Kinderarmut und eine Grundsicherung für Kinder in Aussicht. Sie will eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze

durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern. Angesichts der prekären Situation von Alleinerziehenden will die SPD die Voraussetzungen für den Unterhaltsvorschuss flexibel gestalten und damit die Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern verbessern.

Nach dem Willen der ***Grünen*** soll das durch die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings gesparte Geld in den Ausbau der Kinderbetreuung und in die Bekämpfung von Kinderarmut fließen. Die Partei schlägt eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung für alle Kinder vor, die die Eltern versteuern müssen. Diese Kindergrundsicherung soll das soziokulturelle Existenzminimum und Freibeträge für Erziehung und Betreuung umfassen, sofern diese Leistungen nicht öffentlich kostenfrei bereitgestellt werden. *Die Grünen* möchten die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Grundgesetz verankern. Sie wollen allen die Chance geben, ihr Leben auf einer gesicherten finanziellen Basis selbst zu gestalten, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Der Zugang zu Bildung vom Kindergarten bis zur Uni sei dafür eine wichtige Voraussetzung.

DIE LINKE fordert, dass das Elterngeld zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt wird. Für Väter und Mütter soll ein nicht übertragbarer gleicher Anspruch auf jeweils zwölf, für Alleinerziehende auf 24 Monate geschaffen werden. Die Inanspruchnahme solle in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes möglich sein. DIE LINKE will eine individuelle Besteuerung einführen und tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich fördern. Sie fordert einen höheren Regelsatz für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV beziehen. Die Partei will Kinderarmut dauerhaft verhindern und deshalb den bedarfsorientierten Kinderzuschlag und das Kindergeld sofort auf je 200 Euro erhöhen. Beide Leistungen sollen zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung zusammengeführt und ausbaut werden.

8. Bürgerrechte und Demokratie

8.1 Generelles Herangehen an Bürgerrechte und Demokratie

Auf dem Feld von Bürgerrechten und Demokratie öffnet sich eine Kluft zwischen den *Grünen*, der LINKEN, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die **CDU/CSU** geht davon aus, dass sich Deutschland heute neuen Formen von Bedrohung – insbesondere durch Terrorismus und organisierte Kriminalität – gegenüber sehe. „Darauf müssen wir uns einstellen." Damit begründen die Unionsparteien ihre Bestrebungen, die Polizei personell, organisatorisch und technisch aufzurüsten und die rechtlichen Rahmenbedingungen „fortzuentwickeln". Obwohl beide Parteien behaupten, gegen den „gläsernen Bürger" zu kämpfen und einen „umfassenden Datenschutz" garantieren zu wollen, denken sie an den verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten, an den „genetischen Fingerabdruck" und an eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei. Sie wollen das Bundeskriminalamt und entsprechende Einrichtungen der Länder personell und technisch weiter „stärken" und haben dabei offensichtlich das amerikanische FBI zum Vorbild.

Die Unionsparteien möchten die polizeiliche europäische Zusammenarbeit verstärken und setzen sich für europaweit abrufbare Fahndungsausschreibungen und den Abgleich von Ermittlungsdaten ein. EUROPOL müsse als Kompetenzzentrum für Informationen und koordinierende Unterstützung weiter entwickelt werden. Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zum Schutz der Außengrenzen der EU soll weiter ausgebaut werden. In besonderen Gefährdungslagen müsse ein Einsatz der Bundeswehr im Innern mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren möglich sein.

Die CDU/CSU behauptet, der Rechtsstaat müsse „gesetzlich nachjustiert" werden. Sie denken dabei an die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften, an die Schließung „bestehender Lücken bei der Sicherungsverwahrung" und an die Vereinfachung des Ausweisungsrechts. Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren soll bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme werden.

Gegenüber diesen Positionen der CDU/CSU lehnen **FDP, SPD, *Grüne* und LINKE** einen Einsatz der Bundeswehr im Innern ab, wenden sich gegen einen Abbau von Bürgerrechten und Demokratie, wollen „mehr Demokratie wagen" und treten für den Schutz der Bürgerrechte, für die Modernisierung des Datenschutzes und des Datenschutzrechtes und für die Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes ein. Die Trennung von Militär und Polizei, von geheimdienstlicher und polizeilicher Tätigkeit ist für sie eine unaufgebbare Grundregel eines demokratischen Staatsaufbaus. Auch der Antiterrorkampf legitimiere keinen Menschenrechtsrabatt – keine Aufweichung des absoluten Folterverbots, keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren. So betonen *Die Grünen* in ihrem Wahlprogramm: „Wer im Namen der Sicherheit die Freiheit opfert, der verliert am Ende beides."

Die FDP, *Die Grünen* und DIE LINKE positionieren sich in diesem Zusammenhang noch deutlicher als die SPD. Diese drei Parteien wenden sich ausdrücklich gegen verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung, gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen heimliche Online-Durchsuchungen und gegen einen Umbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zu einem deutschen FBI. Darüber hinaus setzen sich FDP und LINKE für eine effektive parlamentarische Kontrolle aller Nachrichtendienste ein und lehnen die Erhebung und Speicherung von Fluggastdaten ab. *Die Grünen* und DIE LINKE wollen im Sinne der Ausweitung der Demokratie das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre herabsetzen.

Die **FDP** erklärt: „Wir sind nicht dazu bereit, Bürgerrechte für eine trügerische Sicherheit aufzugeben." Die Partei hält an ihrer Vision einer liberalen Bürgergesellschaft fest: „Wir brauchen die Rückkehr zu einer grundrechtsorientierten Innen- und Rechtspolitik." Eine uferlose Ausweitung der DNA-Datei lehnen die Liberalen daher ebenso ab wie die Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung auf Täter, die nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden. Für alle Berufsgeheimnisträger müsse ein einheitlicher Schutz vor staatlichen Überwachungsmaßnahmen sichergestellt werden.

Während die **SPD** in ihrem Wahlprogramm schreibt „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Soziale Demokratie." erklären ***Die Grünen***: „Wir brauchen eine Erneuerung der Demokratie auf den verschiedenen Ebenen – von der Kommune bis nach Europa. Und wir brauchen eine Erneuerung unserer Demokratie an den verschiedenen gesellschaftlichen Orten – in der Schule, in der Hochschule, im Arbeitsleben oder im Gesundheitswesen."

Die Grünen betonen, Demokratie brauche sowohl starke außerparlamentarische Stimmen als auch starke und transparente Parlamente. Sie wollen deshalb die Legislative stärken – sowohl hinsichtlich einer sich verselbstständigenden Exekutive wie auch hinsichtlich einer immer mehr Entscheidungen treffenden Judikative. In diesem Sinne wollen sie auch die Rolle des Europäischen Parlaments stärken, das ein eigenes Gesetzesinitiativrecht und erweiterte Haushaltskompetenzen brauche. Besonders wichtig sind den *Grünen* dabei die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta und das europäische Bürgerbegehren.

Die Grünen treten für gleiche Rechte für Lesben, Schwule und Transgender ein und wenden sich gegen Diskriminierungen aller Art. Freiheit, für die *Die Grünen* eintreten, stehe für Selbstbestimmung, für Bürgerrechte, für Integration und die Befähigung aller zur Teilhabe und für gleiche Chancen der Geschlechter. Daher müsse der Marsch in die Überwachungsgesellschaft gestoppt werden. Die Partei wendet sich in diesem Sinne gegen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit ebenso wie gegen die immer umfangreichere Kameraüberwachung in öffentlichen Bereichen des Lebens.

Für **DIE LINKE** sind Rechtsstaat und Sozialstaat *die* Alternativen zum Sicherheitsstaat: „DIE LINKE steht für eine demokratische und soziale Rechts- und Innenpolitik. Wir nehmen die berechtigten Schutzbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst. Das bedeutet: Gewalt ächten und Übergriffe auf Leben und persönliches Eigentum verfolgen, ohne dabei die Schranken zu überschreiten, die die Grund- und Bürgerrechte dem Staat setzen.“ DIE LINKE bekämpfe eine konservative Sicherheitspolitik, die einseitig die Polizei aufrüstet und immer neue Strafvorschriften schafft. DIE LINKE will eine individuelle Kennzeichnungspflicht für uniformierte Beamte und Beamtinnen der Bundespolizei einführen, das politische Sonderstrafrecht (§ 129 a, § 129 b StGB) aufheben, die Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen abschaffen und die §§ 218 und 219 Strafgesetzbuch streichen. Sie möchte perspektivisch alle Geheimdienste auflösen.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass sich Demokratie nicht in Wahlen und Abstimmungen erschöpfen könne. Sie tritt für eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und für neue Verfahren der Bürgerbeteiligung ein. Sie wendet sich gegen die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten, fordert die Herstellung umfassender Transparenz und Kontrolle staatlichen Handelns und den kostenfreien Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung sowie Transparenz bei allen Entscheidungen. Es müsse sofort wieder ein sozial gerechter Zugang zu gerichtlichem und außergerichtlichem Rechtsschutz für alle gesichert sein. DIE LINKE will, dass eine effektive Rechtsverfolgung durch ein sozial gerechtes Verfahrensrecht gewährleistet wird und dass Einkommensschwache nicht durch Prozess- und Gerichtskosten vom Rechtsweg ausgeschlossen werden.

In ihren Wahlprogrammen wollen alle Parteien die ***Verbraucherrechte*** stärken. Während *Die Grünen* die Möglichkeit zur Sammelklage fordern, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich als Gruppenkläger vor Gericht zusammenschließen und ihr Recht auch gegen wirtschaftlich mächtige Gegner durchsetzen können, lehnen CDU/CSU und FDP eine Übernahme von Rechtsfiguren aus dem anglo-amerikanischen Recht wie Sammelklagen strikt ab.

8.2 Direkte Demokratie

Zur Frage von Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie nehmen die im Bundestag vertretenen Parteien sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen ein. Während sich die SPD, die FDP, *Die Grünen*, DIE LINKE und die CSU für die Einführung von Volksentscheiden einsetzen, lehnt die CDU dies ab. Da sich CDU und CSU in dieser Frage nicht einigen konnten, fehlt dazu im gemeinsamen Wahlprogramm der Union jegliche Aussage. Pikant am Standpunkt der CSU ist allerdings, dass sie dieses Instrument der direkten Demokratie nur auf der EU-Ebene befürwortet, ganz offenbar mit dem Hintergedanken, Volksentscheide zur Verhinderung weiterer EU-Beitritte (insbesondere gegen den der Türkei) nutzen zu können.

Die **FDP** bekennt sich zur repräsentativen Demokratie, will diese aber um Elemente der direkten Demokratie bereichern. Der Bürger müsse sich vor allem in seinem unmittelbaren Umfeld stärker an Entscheidungen beteiligen können. Deshalb setzt sich die FDP für Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerbefragungen auf Landes- und Bundesebene ein. Auch in den EU-Verträgen sollte die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können.

Im Sinne der direkten Demokratie will die **SPD** Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen.

Die Grünen möchten die direkte Demokratie stärken: „Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen per Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – bei Gewährleistung der Grundrechte und des Minderheitenschutzes – über wichtige bundespolitische Fragen entscheiden können, auch wenn deren Umsetzung Geld kostet.“ Sie befürworten obligatorische Referenden über Änderungen des Grundgesetzes und über die Ratifizierung neuer EU-Verträge. *Die Grünen* wollen darüber hinaus alle Menschen, die in Europa leben, durch europäische Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und EU-weite Referenden an der Europapolitik beteiligen.

Auch **DIE LINKE** will die direkte Demokratie stärken und Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen. Nach ihrem Willen soll es künftig obligatorische Volksabstimmungen bei wichtigen Änderungen des Grundgesetzes geben. Zudem soll das Petitionsrecht bürgernäher und transparenter gestaltet und das erforderliche Quorum für eine öffentliche Anhörung von 50.000 Unterschriften auf 20.000 herabsetzt werden.

8.3 Migrations- und Flüchtlingspolitik

Fragen der Migrations- und Flüchtlingspolitik werden in allen untersuchten Wahlprogrammen aufgegriffen. Während sich vor allem DIE LINKE und *Die Grünen* in ihren Wahlprogrammen für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten einsetzen, deren Lage verbessern wollen und eine Abschottung der EU-Außengrenzen ablehnen, setzen CDU und CSU eher auf Begrenzung von Einwanderung. CDU/CSU und vor allem FDP orientieren ihre Einwanderungspolitik an den Interessen der deutschen Wirtschaft. Dagegen lehnt DIE LINKE eine Migrationspolitik nach arbeitsmarktlichen Nützlichkeitskriterien ab.

Während die Unionsparteien darauf pochen, dass Deutschland ein „Integrationsland“ sei, betonen FDP, SPD, *Grüne* und LINKE: „Deutschland ist ein Einwanderungsland.“

Während die CDU/CSU eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften ablehnt, treten die FDP, die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE für die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit ein. Während sich die Unionsparteien gegen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer wenden, setzen sich FDP, SPD, *Grüne* und LINKE für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen ein.

Die **Unionsparteien** behaupten, sie hätten Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht. Fördern und Fordern stünden dabei im Mittelpunkt. Gute Sprachkenntnisse und gute Bildung seien unverzichtbar. „Wer die Werte unserer Gesellschaft und Deutschland als seine Heimat annehmen will, wird seine Chance in unserem Land bekommen und ist uns herzlich willkommen." Die EU-Mitgliedsstaaten müssten auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Die Bestrebungen der EU, das Asylrecht EU-weit weitestgehend einheitlich zu regeln, würden „zu einer Aufweichung des deutschen Asylkompromisses" führen. „Wir lehnen sie deshalb ab."

Die **FDP** sieht das Zusammenleben verschiedener Kulturen als Chance und Bereicherung an. Deutschland habe Nachholbedarf in der Integrationspolitik. Die Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems sei überfällig. Das Auswahlverfahren müsse in erster Linie auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer verschiedenster Berufe zielen, von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung unseres Landes zu erwarten sei. Die FDP stehe für eine humanitäre Zuwanderungspolitik auf Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts. Die Zusammenarbeit im Einwanderungs- und Asylbereich auf EU-Ebene dürfe nicht zu einem Absenken auf das niedrigste Niveau führen.

Die **SPD** betont, Deutschland brauche Einwanderung, und Einwanderung brauche Integration. Die Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in Deutschland Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu bedürfe es einer Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugne, sondern die kulturelle Unterschiede als Möglichkeit von neuer Gemeinsamkeit begreife. Die SPD schreibt: „Wir lehnen eine Leitkulturdebatte ab, denn sie ist mit der Idee von Freiheit und Gleichheit nicht vereinbar." Die SPD plädiert für eine humane Flüchtlingspolitik.

Die Grünen erklären, dass der grüne Neue Gesellschaftsvertrag auf Integration und eine Kultur der Anerkennung setze. „Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir die Integration voranbringen und die multikulturelle Realität demokratisch gestalten." *Die Grünen* wollen Integration über gesellschaftliche Teilhabe und einer Politik der gleichen Rechte erreichen, Einbürgerung in Deutschland erleichtern und die Arbeitsmigration aktiv gestalten. Die Partei stehe für eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik, die auf der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention beruht. Das Asylrecht müsse für alle Menschen da sein, die seinen Schutz brauchen. *Die Grünen* unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, die sozialen Mindeststandards für Asylbewerberinnen und -bewerber zu verbessern und ihnen das Recht auf Arbeit schneller zuzugestehen. Die Öko-Partei lehnt die Residenzpflicht und das Asylbewerberleistungsgesetz ebenso ab wie menschenunwürdige Sammelunterkünfte und das Flughafenverfahren. Sie will eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen, die bislang nur geduldet wurden. Sie setzt sich dafür ein, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können.

DIE LINKE will die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken. Der Familiennachzug müsse sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein und Einbürgerung erleichtert werden. Die LINKE macht sich für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt stark. Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

DIE LINKE setzt sich für eine humane Asylpolitik ein. Das Grundrecht auf Asyl müsse wahrgenommen werden können und im Grundgesetz substanziell wiederhergestellt werden. Die Partei fordert, dass die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umgesetzt werden müsse, dass geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund ebenso anerkannt werden wie die Flucht vor politischer Verfolgung, vor Menschenrechtsverletzungen, vor Kriegen und bürgerkriegsähnlichen, nichtstaatlichen Auseinandersetzungen. Wie *Die Grünen* will DIE LINKE das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und Sammellager abschaffen. Die Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen müsse beendet und auf europäischer Ebene eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik durchgesetzt werden. Länger hier lebenden Menschen – unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status – müsse ein gesichertes Bleiberecht gewährt werden.

8.4 Haltung zum Rechtsextremismus

Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus für die Demokratie ausgehen, befassen sich alle Wahlprogramme mit diesem Problem. Die Unionsparteien und die FDP sprechen allerdings im Sinne der Totalitarismus-Doktrin von „Extremismus jeder Art“, dem sie sich entschieden entgegenstellen wollen. Im Unterschied zu CDU/CSU und FDP streben die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE ein Verbot der NPD an.

Die **CDU/CSU** erklärt: „Wir treten Extremisten aller Art entschlossen entgegen.“ Die Union unterstütze weiterhin die Beobachtung extremistischer Gruppierungen und Organisationen durch den Verfassungsschutz. Nur durch langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention werde die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts verhindert. Aussteigerprogramme gegen Extremismus sollen konsequent weiter gefördert werden.

Die **FDP** postuliert im Geiste der Totalitarismus-Doktrin: „Freiheit wird durch politischen Extremismus gefährdet. Links- und Rechtsextremismus stellen gleichermaßen die Grundrechte und den Rechtsstaat in Frage.“ Das Engagement für Freiheit und Demokratie werde dann gestärkt, wenn demokratische Parteien ein gutes Vorbild geben. Politische Kontroversen dürften nicht populistisch verpackt werden, genauso wenig wie Ressentiments gegen Minderheiten aus der Mitte der Gesellschaft befördert werden dürften. Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, besonders bei Jugendlichen, sollten verstärkt werden.

Die **SPD** schreibt: „Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft.“ Der Kampf gegen Rechtsextremismus**,** Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sei für die SPD eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe.

Die Grünen betonen: „Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus und Rechtsextremismus." Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie sei auch ein Kampf für die Demokratie. Die Öko-Partei verlangt, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus und Antisemitismus müssten geächtet und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbunden werden.

Nach Auffassung der **LINKEN** richten sich Fremdenhass, Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie gegen die Fundamente einer demokratischen Gesellschaft. Der Aufschwung rechtsextremer Parteien und die Verbreitung rechtsextremer Ideen dürften nicht verharmlost oder gar als verständliche Reaktion auf gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt werden. DIE LINKE fordert, rechtsextreme Gewalt zu ächten, staatlich zu verfolgen und konsequent zu ahnden. Bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Gewalt müsse anerkannt und gefördert werden. Der immer wiederkehrenden Kriminalisierung von Protest und Widerstand gegen Rechts müsse ein Ende gesetzt werden.

9. Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik

9.1 Außen- und Sicherheitspolitik generell

In der Außen- und Sicherheitspolitik betonen die Parteien die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. FDP, SPD, *Grüne* und LINKE streben explizit eine Welt ohne Atomwaffen an.

Die **CDU/CSU** schreibt, sie stehe für die weltweite Anerkennung der Menschenwürde, für Freiheit und Frieden, für Freundschaft mit den Nachbarn und für Bündnistreue und das Eintreten für die Interessen Deutschlands. Die Werte des Grundgesetzes, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Interessen und die globale Verantwortung Deutschlands und Europas müssten die Maßstäbe deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein. „Wir verfolgen weiterhin konsequent das Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen." Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu erschweren und eine Weitergabe an Terroristen zu verhindern, sei und bleibe Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik. Jede faire und der internationalen Sicherheit dienende Initiative, Nuklearwaffen zu reduzieren und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen, versprechen die Unionsparteien zu unterstützen. Eine Vereinbarung über eine drastische Reduzierung der Nuklearpotenziale eröffne die Aussicht, das Nichtverbreitungsregime zu stärken und das Streben weiterer Staaten in den Kreis der Nuklearmächte zu stoppen.

Die Unionsparteien wollen sich im Bundestagswahlkampf offensichtlich die Stimmen der sogenannten Landsmannschaften sichern und machen sich mehr oder weniger verdeckt zum Vertreter revanchistischer Forderungen in der Eigentumsfrage. Vor allem mit dem Blick auf Polen und die Tschechische Republik – allerdings ohne diese Länder beim Namen zu nennen – betonen CDU und CSU: „Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden." Die Unionsparteien halten auch daran fest, dass die deutschen Heimatvertriebenen-Verbände über ihre Vertretung im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" selbst entscheiden können.

Nach Auffassung der **FDP** müsse im Zeitalter der Globalisierung eine wertegeleitete und zugleich interessenorientierte Außenpolitik die Absicherung der eigenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit mit der Wahrnehmung weltweiter Verantwortung verbinden. „Sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Rahmen ist liberale Sicherheitspolitik deshalb vor allen Dingen Friedenspolitik." Die Vernetzung von Konfliktprävention und Konfliktbewältigung durch den Einsatz diplomatischer Mittel, wirtschaftlicher und kultureller Kooperation sowie Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit seien zur Abwendung der Risiken unserer Zeit die erste Wahl. „Die Anwendung militärischer Mittel darf nur ultima ratio sein." Europa müsse sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in die Waagschale werfen. Markenzeichen liberaler Außenpolitik sei das Eintreten für eine konsequente Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die FDP setze sich deshalb ein für die Wiederbelebung des Nichtverbreitungsvertrages einschließlich des Zieles einer vollständigen nuklearen Abrüstung, die zügige Ratifizierung des angepassten Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), verbindliche europäische Regelungen für Waffenexporte und den Abzug der verbliebenen amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland.

Die **SPD** tritt weltweit für Frieden und Abrüstung ein und vertritt ein Konzept der zivilen Krisenprävention und des zivilen Konfliktmanagements. Drohende Aufrüstung weltweit verlange nach einer neuen Entspannungspolitik. Statt Drohung und Abgrenzung sei mehr Dialog gefragt. Der internationale Terrorismus müsse wirksam bekämpft werden, dem Mythos vom Kampf der Kulturen will die Partei aber ebenso deutlich entgegengetreten. Die SPD setzt sich für eine Welt ohne Atomwaffen, für Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle ein. Sie plädiert für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung, für den Abzug aller substrategischen Nuklearwaffen aus Europa und für die Wiederbelebung des KSE-Vertrages. Nach Auffassung der SPD verlangt die Globalisierung der Märkte nach politischer Globalisierung, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Deshalb setzt sie sich für globale Strukturpolitik ein. Dazu bedürfe es einer starken EU, einer Erneuerung der transatlantischen Beziehungen, aber auch der partnerschaftlichen Einbeziehung der neuen wirtschaftlichen und politischen Kraftzentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas.

Für ***Die Grünen*** gehöre eine glaubwürdige Friedens- und Menschenrechtspolitik zusammen. Sie treten für die weltweite Abrüstung, insbesondere von Atomwaffen, für Rüstungskontrolle und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein. Statt Aufrüstung und Konfrontation bedürfe es vertrauensbildender Maßnahmen und der Ratifizierung und Weiterentwicklung des angepassten KSE-Vertrages. *Die Grünen* treten für das weltweite Verbot von Streumunition und Landminen und für die umfassende Ächtung von Uranmunition ein. Sie wollen, dass die in Deutschland und Europa verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden und die nukleare Teilhabe beendet wird. Ziel sei eine Welt ohne Atomwaffen. Um die Globalisierung gerecht zu gestalten, bedürfe es mehr Kooperation, mehr zivilgesellschaftlichen Austausches, mehr global zustimmungsfähiger politischer, ökologischer und ökonomischer Regeln und besserer und effektiverer Institutionen. Armutsbekämpfung, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Klimaschutz und eine neue Energiepolitik müssten dabei zu Schlüsselprojekten globaler Zusammenarbeit werden. Das schaffe Sicherheit.

DIE LINKE fordert, dass deutsche Außenpolitik Friedenspolitik werden müsse. Die Partei verlangt, aktive Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt zu unternehmen, die Herstellung, Nutzung und den Vertrieb von Streubomben und Landminen zu verbieten

sowie den Bestand dieser Waffen zu vernichten, Rüstungsexporte zu verbieten, alle militärischen Stützpunkte ausländischer Armeen in Deutschland zu schließen und alle Atomwaffen vernichten zu lassen. DIE LINKE erklärt: „DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts und der Durchsetzung des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen." Das Völkerrecht müsse als vertragliche Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten anerkannt, durchgesetzt und weiterentwickelt werden.

9.2 Internationale Wirtschafts- und Finanzordnung und Rolle internationaler Organisationen

Fast alle Parteien äußern sich zur internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung und zur Rolle internationaler Organisationen wie der UNO, der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds (IWF). In der Regel sind sie sich darüber einig, dass deren Handlungsfähigkeit gestärkt werden solle.

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Vereinten Nationen an Handlungsfähigkeit, Stärke und Effizienz gewinnen, weil die Vereinten Nationen unverzichtbar bei der Lösung globaler Probleme seien. Ihre Stärkung erfordere auch interne Reformen. Bei der Reform des Sicherheitsrates befürworten die Unionsparteien einen ständigen Sitz für die Europäische Union. „Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen." Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts trage dazu bei, dass die UNO einen effektiveren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten könne.

Nach Auffassung der **FDP** müssen die Vereinten Nationen reformiert werden und in ihren Strukturen – namentlich im UNO-Sicherheitsrat – die politischen und ökonomischen Realitäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts angemessen widerspiegeln. Nur so könnten sie wieder zu einem der entscheidenden Foren der Lösung internationaler Probleme werden. Neue aufstrebende Mächte müssten in die gemeinsame Wahrnehmung von globaler Verantwortung eingebunden werden. „Die FDP setzt sich für einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein. Solange ein Sitz für die EU nicht zustande kommt, wäre ein eigener deutscher Sitz die zweitbeste Lösung." Die FDP lehnt jegliche Versuche, die OSZE als zentrales Element der Stabilität in Europa zu schwächen, entschieden ab. Nach Auffassung der FDP sind der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sowie der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) unverzichtbare Instrumente internationaler Rechtsstaatlichkeit. Die Arbeit des Europarates und insbesondere des EGMR bedürfe stärkerer Unterstützung.

Die **SPD** will die UNO stärken und unterstützt den eingeleiteten Reformprozess. Sie möchte die Menschenrechtsschutzsysteme der UNO, der EU und des Europarates ebenso weiter stärken wie die internationale Strafgerichtsbarkeit. Die Partei tritt für eine Stärkung von IWF und Weltbank ein und will die weltweite Finanzarchitektur neu ordnen. Sie will die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern und sie nutzen, um die politische Globalisierung voranzutreiben. Die großen Zukunftsfragen ließen sich ohne Staaten wie China, Indien oder Brasilien nicht mehr lösen. „Auch die islamische Welt sollte in einer erweiterten G8 vertreten sein." Langfristig verfolgt die SPD den Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er solle wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

Die Grünen treten für die Stärkung der UNO ein. Sie sei für grüne Außenpolitik der zentrale Bezugsrahmen einer internationalen Ordnung. *Die Grünen* setzen auf eine Weltgesellschaft, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts regiert. Dazu müsste die UNO reformiert werden. Notwendig sei eine gerechtere Zusammensetzung des Sicherheitsrates und die Abschaffung der Vetomöglichkeiten. *Die Grünen* setzen sich für einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat ein. Sie wollen die Fähigkeiten der UNO zur zivilen Krisenpräventionen und zur kollektiven Friedenssicherung ausbauen. Dafür müssten Deutschland und die EU sowohl die UNO als auch Regionalorganisationen, insbesondere die OSZE, institutionell, personell und finanziell stärken. Damit Menschenrechte auch wirklich durchgesetzt und kontrolliert werden könnten, müssten die internationalen Menschenrechtsinstitutionen der UNO, des Europarates, der EU und der OSZE gestärkt werden. Der Internationale Strafgerichtshof sei ein Meilenstein für die Bekämpfung der Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen und müsse weiter gestärkt werden.

Nach Auffassung der *Grünen* müssen IWF und Weltbank dringend demokratisiert werden. Langfristig müssten alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der UNO gebracht werden. Das internationale Währungssystems müsse reformiert und der IWF zu einem Feuerwehrmann im globalen Finanzsystem werden. In der Agenda der WTO dürfe nicht länger die Handelsliberalisierung einseitig im Zentrum stehen. *Die Grünen* wollen vielmehr anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards verankern, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen. Gerade angesichts der Finanzkrise dürften die Finanzmärkte nicht im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS dereguliert werden.

DIE LINKE will die UNO insgesamt stärken. Sie müsse demokratisch reformiert und zur zentralen Institution werden. Der UNO-Vollversammlung müssten mehr Rechte eingeräumt werden. Für soziale Entwicklung, Gesundheit und Bildung sowie zivile Konfliktlösung müssten die Mitgliedstaaten der UNO mehr Mittel und Kompetenzen geben. Die Instrumentalisierung der UNO für die Mandatierung von Kriegen müsse beendet werden, Militärbündnisse seien der UNO unterzuordnen. UN-mandatierte Kriege wie auch eine weitere Militarisierung der UNO lehnt die Partei ab.

Nach Auffassung der LINKEN müsse der UNO bei der Reform der Weltwirtschaftsordnung eine aktive Rolle eingeräumt werden. Die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung dürfe nicht allein den mächtigen Staaten überlassen werden. In der Politik der WTO müssten die Dogmen der Privatisierung, der Liberalisierung und des Freihandels überwunden und entwicklungspolitisch sinnvolle Ziele im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen und sozial, politisch und wirtschaftlich gerechten Weltwirtschaftspolitik gestärkt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Weltwährungssystems ein und für eine Weltleitwährung, die nicht auf einer nationalen Währung basiert.

9.3 Haltung zur NATO und zur militärischen Zusammenarbeit in der EU

In der Haltung zur NATO und in der Frage einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und *Grünen* auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU/CSU, FDP und SPD zur NATO bekennen, in ihr den wichtigsten Garanten der Sicherheit Deutschlands sehen und sich für ein neues strategisches Konzept der NATO einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet, soll die NATO nach dem Willen der LINKEN aufgelöst und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands

ersetzt werden. DIE LINKE wendet sich gegen jegliche Ausweitungsversuche der NATO und lehnt die Beteiligung an der NATO Response Force (NRF) und an multinationalen Rüstungsprogrammen ebenso ab wie einer Ausweitung des NATO-Auftrages (Strategischer Seetransport, Katastrophenschutz, Energiesicherheit). Die NATO-Doktrin präventiver Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen sei ad acta zu legen.

Nach Auffassung der *Grünen* bleibe die NATO als Klammer transatlantischer Sicherheitskooperation relevant. Jedoch seien gerade hier „politische Reformen unerlässlich, damit die NATO mittelfristig in eine kooperative Sicherheitsarchitektur überführt wird, die auf dem Prinzip des Friedens und gemeinsamer Sicherheit basiert. Den Ausbau der NATO zu einer Weltpolizei lehnen wir ab."

Während CDU/CSU, FDP, SPD und *Grüne* – wenn auch sehr differenziert – dafür eintreten, einen militärischen Arm der EU zur Krisenprävention und Krisenreaktion zu schaffen, fordert DIE LINKE, die Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur zu ersetzen und militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu beenden. DIE LINKE erklärt kategorisch: „Es gibt keine »humanitären« Militärinterventionen. DIE LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat, ab."

9.4 Haltung zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht

Während die Unionsparteien, die FDP und die SPD die ***Bundeswehr*** für ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und Bündnisverteidigung als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung halten und diese Armee modernisieren wollen, streben *Die Grünen* und DIE LINKE ihre deutliche Reduzierung an. So wollen *Die Grünen* die Bundeswehr auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten verkleinern und „europatauglicher und UN-fähiger" umstrukturieren.

Differenziert positionieren sich die Parteien zu ***Auslandseinsätzen der Bundeswehr***. Nach Auffassung der CDU/CSU müssten Auslandseinsätze in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Für SPD und FDP bleiben militärische Einsätze das äußerste Mittel, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen könnten. Auslandseinsätze der Bundeswehr bedürften einer klaren völkerrechtlichen Legitimation sowie der Zustimmung des Deutschen Bundestages und müssten in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein. *Die Grünen* erklären: „Für Auslandseinsätze gelten für uns enge Grenzen, völkerrechtliche Legitimation und der Vorrang der zivilen Krisenbewältigung." Dagegen spricht sich DIE LINKE eindeutig gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr auch unter UN-Mandat aus.

Unterschiedliche Standpunkte nehmen die Parteien zur ***Wehrpflicht*** ein. Nach Auffassung von CDU und CSU sei die Wehrpflicht auch angesichts der neuen Bedrohungen der Sicherheit Deutschlands zukünftig notwendig; sie verbinde Bundeswehr und Gesellschaft. Die FDP will die Wehrpflicht schnellstens aussetzen und die Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee umwandeln. Die SPD setzt auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht und möchte zukünftig nur noch diejenigen zum Dienst in den Streitkräften einberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten. Dagegen wollen *Die Grünen* und DIE LINKE die Wehrpflicht ganz abschaffen.

9.5 Verhältnis zu den USA und zu Russland

Alle Parteien setzen sich in ihren Programmen – bei Unterschieden im Detail – für ein gutes Verhältnis sowohl zu den USA als auch zu Russland ein. Nur DIE LINKE vermeidet eine Aussage zu den USA, *Die Grünen* eine zu Russland.

Die **Unionsparteien** wollen die transatlantische Partnerschaft festigen: „Europa und Amerika stützen sich auf ein Fundament gemeinsamer Werte." Die transatlantischen Partner könnten zur Lösung der Probleme der Welt weit mehr erreichen, wenn sie effektiv zusammenwirken würden. CDU und CSU wollen im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft Handelshemmnisse abbauen und langfristig einen transatlantischen Markt schaffen.

Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland liege im Interesse Deutschlands und seiner europäischen Partner und Verbündeten, stellen die Unionsparteien fest. „Wir wollen so enge Beziehungen zu Russland wie möglich." Die Tiefe und Breite dieser Beziehungen hänge insbesondere davon ab, ob und wieweit Russland bereit sei, seinen Verpflichtungen im Rahmen der UNO, der OSZE, des Europarats und der Europäischen Energie-Charta sowie aus den Vereinbarungen mit der EU nachzukommen. „Wir treten für eine zuverlässige, in der Europäischen Union eng abgestimmte Energie-Zusammenarbeit mit Russland auf der Grundlage transparenter und nicht diskriminierender Bedingungen ein."

Die **FDP** erklärt: „Die Vereinigten Staaten von Amerika sind für uns der wichtigste Partner außerhalb Europas." Im Sinne der Neubegründung der transatlantischen Wertegemeinschaft will die FDP zusammen mit der neuen amerikanischen Regierung daran arbeiten, den Westen als handlungsfähige Gemeinschaft der aufgeklärten, rechtsstaatlichen Demokratien dieser Welt neu zu begründen.

Im Verhältnis zu Russland plädiert die FDP für kritischen Dialog und pragmatische Zusammenarbeit. Langfristig setzt sie auf eine strategische und pragmatische Partnerschaft im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung nach den Grundsätzen der OSZE. „Gerade weil wir Russland historisch und kulturell eng verbunden sind, sieht die FDP mit großer Sorge die Rückschritte in seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung." Den Plan für ein US-Raketenabwehrsystem in der Tschechischen Republik und in Polen lehnt die FDP ab.

Die **SPD** ist der Auffassung, dass sich mit dem Amtsantritt von Barack Obama die Chance einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft ergibt. Sie will diese Chance nutzen, um neue Impulse bei der Abrüstung zu setzen, Klimaschutz und Energiesicherheit zu befördern und gemeinsam neue Regeln für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln.

Im Verhältnis zu Russland setzt die SPD auf einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die bisherigen amerikanischen Pläne für einen Raketenschirm seien mit diesem Ziel nicht vereinbar und werden von der SPD deshalb abgelehnt. Eine gute Kooperation mit Russland sei im vitalen deutschen und europäischen Interesse.

Die Grünen hoffen, dass sich mit der Wahl von US-Präsident Barack Obama die Aussicht auf eine Erneuerung der transatlantischen Allianz auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene eröffne. Europa und die USA könnten nur gemeinsam – und eingebettet in gestärkte multilaterale Institutionen – Antworten auf die globalen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft finden.

DIE LINKE will, dass die zivilen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland ausgebaut werden. Die Östliche Partnerschaft mit Staaten aus der früheren Sowjetunion müsse unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Russlands gestaltet werden. Daher lehnt die Partei die Errichtung eines „Raketenabwehrschildes“ in Polen und in der Tschechischen Republik ab.

9.6 Afghanistan-Politik

In der Afghanistan-Politik stehen CDU/CSU, FDP und SPD im Kern für ein „Weiter so“. *Die Grünen* verlangen einen Strategiewechsel hin zu einer deutlichen Verschiebung vom militärischen zum zivilen Engagement in Afghanistan. Nur **DIE LINKE** fordert einfach und klar den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Die **Unionsparteien** vertreten den Standpunkt, dass in Afghanistan militärische Sicherheitspräsenz und ziviler Aufbau untrennbar voneinander abhängig seien. Ohne Sicherheitspräsenz sei kein Wiederaufbau, ohne Erfolge beim Wiederaufbau keine Reduzierung der Sicherheitspräsenz möglich. CDU/CSU wollen einen Beitrag dafür leisten, dass Afghanistan selbst für seine Sicherheit sorgen könne. Dies erfordere die Bereitschaft zu nachhaltiger Ausbildung und Unterstützung des afghanischen Sicherheitssektors (Armee, Polizei und Justiz) und zum zivilen Wiederaufbau. Die Schaffung tragfähiger staatlicher Strukturen sei die Voraussetzung für eine spätere Reduzierung und schließlich zur Beendigung des Bundeswehreinsatzes.

Die **FDP** sieht die internationale Truppenpräsenz in Afghanistan „für eine Übergangszeit“ weiterhin als erforderlich an. Der zivile und militärische deutsche Beitrag zum internationalen Engagement habe dazu beigetragen, dass das Land bislang nicht wieder zum zentralen Rückzugsort für international agierende Terroristen geworden sei. Die terroristische Bedrohung bestehe jedoch fort. Die FDP will darauf hinwirken, die Strategie der vernetzten Sicherheit für die Stabilisierung Afghanistans unter Berücksichtigung der Stammesstrukturen endlich umzusetzen – hin zu mehr zivilem Wiederaufbau in ganz Afghanistan und zu einer verstärkten Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit durch die afghanischen Armee- und Polizeikräfte, um den Zeitraum des Einsatzes der internationalen Truppen zu begrenzen. Sie fordert einen regionalen Ansatz, der trotz Schwierigkeiten auch Länder wie Pakistan, Russland, China und den Iran in Problemlösungen einbezieht.

Die **SPD** will „das deutsche Engagement in Afghanistan weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten“. Afghanistan dürfe nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die Regierung müsse Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten können. Die elementaren Menschenrechte müssten gewahrt sein. „Wir werben einerseits für unseren zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Ansatz, nach dem wir beispielsweise den Aufbau der Infrastruktur, Projekte des kulturellen Dialogs sowie bildungspolitische Initiativen fördern. Wir werben andererseits für unseren zivil-militärischen Ansatz, nach dem wir die Ausbildungsanstrengungen für die afghanischen Sicherheitskräfte verstärken.“ Je schneller diese Ziele erreicht würden, desto schneller könnte das militärische Engagement in Afghanistan beendet werden.

Die Grünen wollen einen Strategiewechsel in Afghanistan hin zum zivilen Aufbau und weg von der militärischen Eskalation. Ein militärisch verstandener „Krieg gegen den Terror“ sei nicht zu gewinnen. Die Operation „Enduring Freedom“ und kontraproduktives militärisches Vorgehen müssten sofort beendet und die Spirale der Gewalt unterbrochen werden. Vorrang müssten zivile Antworten haben. Besonders beim

Polizei- und Justizaufbau müsse Deutschland im Rahmen der EU-Missionen endlich mehr tun, damit die Menschen in Afghanistan auch in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Deshalb wollen *Die Grünen* ihre Zustimmung zum ISAF-Mandat davon abhängig machen, ob ein ernstgemeinter Strategiewechsel stattfindet. Der zunehmend riskante Bundeswehreinsatz sei nur dann weiter zu verantworten, wenn der Kurswechsel energisch umgesetzt werde. Es müsse eine selbsttragende Entwicklung in Afghanistan erreicht werden, die es ermögliche, die internationalen Truppen schrittweise abzuziehen.

9.7 Europa-Politik allgemein

Alle Parteien bekennen sich zur Europäischen Union (EU). Sie setzen aber deutlich unterschiedliche Akzente in ihrer Europa-Politik.

CDU/CSU erklären: „Wir wollen ein starkes und bürgernahes Europa." Die Unionsparteien verlangen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekenne und aus ihnen lebe. „Wir halten an unserem Ziel fest, dieses Werteverständnis auch mit einem Gottesbezug im EU-Vertrag deutlich zu machen."

Die **FDP** betont, sie wolle eine starke und selbstbewusste EU, die mit einer Stimme spricht und geschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt eintritt. Die feste Einbettung Deutschlands in die EU sei und bleibe ein Grundpfeiler liberaler Außenpolitik. Im weltweiten Wettbewerb um Werte und Einfluss sei die EU heute wichtiger denn je, erklären die Liberalen. Nur sie gebe uns die Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein. „Die brennenden Fragen der Welt des 21. Jahrhunderts können von den Staaten Europas nicht im Alleingang beantwortet werden: Menschenrechte und Demokratie, Sicherung der Wirtschaft in der Finanzkrise, nukleare Bedrohung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Krisen und Kriege, Zugang zu Energie und Rohstoffen, internationaler Handel, Kampf gegen Klimawandel und Terrorismus – zu Recht erwarten die Bürger von der EU aktives politisches Handeln."

Die **SPD** plädiert für ein starkes und soziales Europa. Ein in Solidarität geeintes Europa müsse den Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchsetzen. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion müsse durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden. Es sollen europäische soziale Mindeststandards vereinbart werden, um eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialstandards in Europa zu verhindern und sozialen Fortschritt europäisch durchzusetzen. Als wesentliches Element einer zukünftigen europäischen Sozialunion fordert die SPD einen europäischen sozialen Stabilitätspakt, der in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlohnregelungen einschließen müsse. Sie schlägt einen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit vor und verlangt, alle europäischen Programme auf ihre beschäftigungsfördernde Wirkung zu prüfen. Um Steuerdumping zu bekämpfen, tritt die SPD für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern in Europa ein.

Für ***Die Grünen*** sei und bleibe auf dem Weg zu einer besseren Welt ein geeintes Europa grundlegend. „Um mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Menschenrechte und mehr Frieden zu erreichen, müssen wir die Idee Europas erneuern und die EU stärken." *Die Grünen* wollen eine starke und reformierte Europäische Union und halten am Ziel einer europäischen Verfassung für eine demokratische, solidarische und ökologische EU fest. Dafür bedürfe es des Vertrags von

Lissabon und weiterer Reformen. *Die Grünen* unterstützen die Entwicklung einer wirklichen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die der UN-Charta verpflichtet ist. Sie wollen die EU zu einer handlungsfähigen Zivilmacht ausbauen, die ihre Stärke in den Dienst der Vereinten Nationen stellt und einen wichtigen Beitrag zur Krisenprävention und zur kollektiven Friedenssicherung leistet. Ähnlich wie die SPD wollen sich *Die Grünen* für einen europäischen Sozialpakt einsetzen, der arbeitsrechtliche und soziale Mindeststandards formuliert.

DIE LINKE erklärt: „Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung des Friedens in Europa, für die Bewältigung der globalen Wirtschaftskrise, für die Wahrung von Beschäftigteninteressen, für den sozialökologischen Umbau des europäischen Binnenmarktes, für die Lösung der globalen Herausforderungen und die globale Kooperation." Europa und die EU seien hierfür jedoch nicht gut gerüstet, weil die Europäische Union, die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof bislang auf eine Politik festgelegt seien, die zu den Ursachen dieser Krisen zähle: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, der Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung.

9.8 Vertiefung der europäischen Integration und EU-Erweiterung

Hinsichtlich der europäischen Integration vertreten CDU, FDP und SPD – mit unterschiedlicher Akzentuierung und Deutlichkeit – die Auffassung, dass die *Erweiterung* der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne. Demgegenüber äußern sich *Die Grünen* und DIE LINKE nicht zu dieser Dialektik. Während allerdings *Die Grünen* Fragen der EU-Erweiterung in ihrem Wahlprogramm breiteren Raum geben, äußert sich DIE LINKE nur zu Fragen der Vertiefung der europäischen Integration. FDP, SPD, *Grüne* und LINKE halten am Ziel einer echten Verfassung für Europa fest.

CDU und CSU erklären, sie stünden für eine gefestigte EU, „denn Europa muss Grenzen haben". Beide Unionsparteien plädieren insbesondere für eine starke, handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der EU. An anderer Stelle artikuliert allerdings die CSU bayerische Sonderinteressen und eine deutlich europaskeptische Haltung.[2]

Die **FDP** tritt für konsequente Reformen für eine effizientere europäische Politik ein. Sie will, dass die EU demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird. Sie hält deshalb am Ziel einer grundlegenden Reform der EU, wie sie der Vertrag von Lissabon darstelle, fest. „Für uns entscheidende Reformelemente sind eine erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung, eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, mehr Mitsprache des Bundestags in EU-Fragen, eine besser koordinierte EU-Außenpolitik, die Demokratisierung der europäischen Innen- und Justizpolitik und eine wirksame Durchsetzung des Europäischen Grundrechtekatalogs." Langfristiges Ziel bleibe für die FDP ein föderales Europa.

[2] In ihrem Wahlaufruf schreibt die CSU mit dem Blick auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, dass sie die Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Europa umfassend wahren und stärken will: „Bei allen Gesetzgebungsvorhaben auf europäischer Ebene müssen Bundestag und Bundesrat zwingend angehört werden. [...] Stellungnahmen des deutschen Bundestages und gegebenenfalls des Bundesrates in EU-Angelegenheiten müssen für die Bundesregierung grundsätzlich verbindlich sein. Soweit Länderkompetenzen berührt sind, müssen die Landtage in die europäische Gesetzgebung miteinbezogen werden." (Wahlaufruf der CSU, S. 5/6)

Auch die **SPD** setzt sich dafür ein, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft tritt, da durch ihn die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer werde. Die EU müsse langfristig zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickelt werden. Das demokratische Europa der Zukunft brauche eine parlamentarisch verantwortliche Regierung.

Die Grünen sind der Meinung, dass der Lissabon-Vertrag mit seinen institutionellen Reformen wie der Schaffung einer Außenministerin oder eines Außenministers auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU stärkt. „Wir brauchen eine starke, demokratische EU – für eine bessere Welt."

DIE LINKE fordert (offenbar im Sinne einer Vertiefung der europäischen Integration), eine europäische Wirtschaftsregierung einzurichten und die Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu koordinieren. Sie verlangt in diesem Kontext, die Europäische Zentralbank (EZB) gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung zu verpflichten und die EZB durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister zu kontrollieren, den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch eine Vereinbarung für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz zu ersetzen und eine soziale Fortschrittsklausel mit dem Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern" in europäische Verträge aufzunehmen.

Auf die in der öffentlichen Debatte immer wieder thematisierte und heftig umstrittene Frage eines ***Kerneuropas*** oder eines „Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten" wird explizit nur von der **FDP** eingegangen. Für die FDP stehe fest, dass die notwendigen Reformen der EU immer möglichst von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam zu erreichen seien. „Wenn jedoch Gruppen von EU-Staaten mit konkreten Projekten vorausgehen, diese sich bewähren und andere EU-Staaten die Möglichkeit haben, sich später daran zu beteiligen, ist dies mit dem europäischen Gedanken vereinbar, wie etwa die Einführung des Euro bewiesen hat."

Hinsichtlich einer ***EU-Erweiterung*** gehen die Meinungen der Parteien deutlich auseinander. Nach Auffassung der **Unionsparteien** müsse es nach der Erweiterung um zwölf neue Mitgliedsstaaten und einem Beitritt Kroatiens eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess geben, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen. Für Staaten mit einer europäischen Beitrittsperspektive gelte, dass für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU ebenso wichtig sei, wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer.

Auch für die **FDP** stehe in den nächsten Jahren das Zusammenwachsen der alten und neuen EU-Mitglieder im Vordergrund, um die politisch vollzogene Erweiterung auch in der Zivilgesellschaft nachhaltig zu verankern. Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte Reform der EU sei die Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten. Wie die CDU/CSU denkt sie dabei zunächst an Kroatien, aber auch an Norwegen, Island und die Schweiz, sofern sie den Beitritt beantragen sollten. Die Staaten des westlichen Balkans und die Ukraine hätten eine mittel- bis langfristige Perspektive, der EU beitreten zu können.

Die **SPD** und ***Die Grünen*** wollen dagegen die EU-Erweiterungspolitik als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen, ohne in ihren Wahlprogrammen eine Reform der EU zur Vorbedingung zu machen. Sie halten namentlich an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans fest.

Während **FDP**, **SPD** und ***Die Grünen*** für eine Voll-Mitgliedschaft der ***Türkei*** in der Europäischen Union eintreten, wenn sie die „Kopenhagener Kriterien" vollständig und umfassend erfüllt, plädiert die **CDU** lediglich für eine „Privilegierte Partnerschaft". **DIE LINKE** vermeidet eine Aussage zu dieser Frage.

9.9 Entwicklungszusammenarbeit

Alle Parteien räumen Fragen der Entwicklungszusammenarbeit einen hohen Stellenwert in ihren Wahlprogrammen ein. Mit Ausnahme der CDU/CSU streben alle Parteien die Erreichung der UN-Millenium-Entwicklungsziele an, bis 2015 Armut und Hunger in der Welt wenigstens zu halbieren. Mit Ausnahme der FDP wollen alle Parteien die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern.

Während aber CDU/CSU und FDP den Grundsatz des freien Welthandels betonen und jede Form von Protektionismus ablehnen, wollen *Die Grünen* und DIE LINKE den Entwicklungsländern die Möglichkeit einräumen, ihre noch im Aufbau befindlichen Industrien, ihre Landwirtschaft und ihre Dienstleistungssektoren vor übermächtiger Konkurrenz im Handel und bei Investitionen zu schützen. *Die Grünen* und DIE LINKE möchten insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer entschulden.

Im Wahlprogramm der Union heißt es, die Entwicklungspolitik von **CDU/CSU** lasse sich von drei Prinzipien leiten: „der Verantwortung für die Menschen in Not und für die Schöpfung, der Abwehr globaler Risiken und der Stärkung unserer weltweiten Partnerschaften, von denen Deutschland auf vielfältige Weise profitiert". Die Stärkung der Effizienz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verlange eine Konzentration der Maßnahmen auf bestimmte Länder und Sektoren, und eine quantitative Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit müsse mit einer Steigerung der Effizienz des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern einhergehen.

Die **FDP** konstatiert, Kernaufgabe der Entwicklungszusammenarbeit sei die Unterstützung für eine sich selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den Empfängerländern. Die Partei proklamiert: „Ziel liberaler Entwicklungszusammenarbeit ist es, die Ursachen der Armut zu bekämpfen und es den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen." In Ländern mit schlechter Regierungsführung müsse die Arbeit von nichtstaatlichen Akteuren, wie Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Kirchen sowie der Bürgergesellschaft insgesamt unterstützt werden. Die Liberalen setzen sich für eine Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die schwächsten und ärmsten Länder ein, während die Zusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine grundsätzlich neue Grundlage gestellt werden müsse.

Die **SPD** will ihr entwicklungspolitisches Engagement verstärken. Neben der Bereitstellung von klassischen Haushaltsmitteln soll ein Teil des Aufkommens aus der Versteigung von CO_2-Verschmutzungsrechten für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden. Die Partei setzt sich für eine Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein.

Die Grünen betonen, dass eine gerechte Welthandelsordnung zentraler Baustein ihres Neuen Gesellschaftsvertrags sei. Sie wollen soziale und ökologische Regeln im Welthandel und den Zugang von Entwicklungsländern zu Wissen und Technologie fördern. *Die Grünen* setzen sich für die unverzügliche Abschaffung aller Exportsub-

ventionen ein. Sie wollen im Rahmen der UN dafür eintreten, dass die Handels-, Klima-, Umwelt- und Entwicklungspolitik besser aufeinander abgestimmt wird. So soll kein Agrokraftstoff getankt werden, für den Menschen hungern und Regenwälder abgeholzt werden.

DIE LINKE fordert eine grundlegende Neuorientierung der Beziehungen zu den Ländern des Südens: „Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik müssen an den strukturellen Problemen ansetzen, die durch die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung hervorgerufen werden." Eine wirksame deutsche Entwicklungszusammenarbeit setze einen Systemwechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Handelspolitik sowie der Agrarpolitik voraus. Vorrangige entwicklungspolitische Ziele bestünden für DIE LINKE darin, eine selbstbestimmte Entwicklung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens zu stärken. Dazu müsse Entwicklungspolitik die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land fördern und für gerechte Preise sorgen. Ähnlich wie *Die Grünen* will DIE LINKE die Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verstärken und den Import von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-Erzeugung ausschließen, bis die globale Nahrungsmittelversorgung nachhaltig gesichert sei.

Resümee

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, der *Grünen* und der LINKEN zur Bundestagswahl 2009 kann den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien eröffnen, die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien markieren und sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen antizipieren. Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Am klarsten ist das Bild auf den Feldern Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Erstens. Auf der *Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung"* bilden die FDP und die Partei DIE LINKE die Gegenpole. Die CDU/CSU liegt auf dieser Achse nahe bei der FDP. Das Programm der SPD liegt im Unterschied zu ihrer Politik in der Großen Koalition näher bei einer Sozialstaatsorientierung. *Die Grünen* sind zwischen SPD und der LINKEN einzuordnen. Die Forderungen der Partei DIE LINKE gehen weit über die von SPD und *Grünen* hinaus. Sie sind deutlich von allen anderen Bundestagsparteien unterschieden. Das trifft vor allem auf die Vorstellungen zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, aber auch auf andere Politikfelder zu.

Zweitens. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der *Achse „libertäre versus autoritäre Orientierung"* die CDU/CSU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie *Die Grünen* auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen, die FDP näher bei *Grünen* und LINKEN.

Drittens. Auf der *Achse „nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung"* steht die Union tendenziell auf der Seite des Nationalen. DIE LINKE, *Die Grünen*, aber auch die FDP sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Auch hier liegt die SPD dazwischen.

Viertens. In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen sich CDU/CSU, FDP und SPD auf der einen und DIE LINKE auf der anderen Seite gegenüber. Erstere bekennen

sich zur NATO und zu Militäreinsätzen, einschließlich in Afghanistan. DIE LINKE hingegen lehnt generell Kriegseinsätze, auch UN-mandatierte, ab. Sie will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen. *Die Grünen* positionieren sich zwischen diesen Polen – näher bei CDU/CSU, FDP und SPD. Sie bekennen sich zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, wollen aber einen Strategiewechsel hin zum zivilen Aufbau und weg von der militärischen Eskalation.

Insgesamt gibt es die größten programmatischen Schnittmengen zwischen den *Grünen* und der Partei DIE LINKE auf den Gebieten der Ökologie, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte und der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auch bei SPD und LINKEN gibt es neben deutlichen Differenzen auf vielen Politikfeldern (vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik) ähnliche Positionen („gute Arbeit", einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, Bürgerversicherung, soziale Demokratie).

Jochen Weichold / Horst Dietzel

Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- für die **CDU/CSU**: CDU/CSU: Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009 – 2013, [Berlin 2009].
- für die **FDP**: Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei. Beschluss des 60. Ord. Bundesparteitags der FDP, Hannover, 15.-17. Mai 2009, [Berlin 2009].
- für die **SPD**: Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD 2009 – 2013. Beschlossen auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 14. Juni 2009 in Berlin, [Berlin 2009].
- für ***Die Grünen***: Bündnis 90/Die Grünen: Der grüne neue Gesellschaftsvertrag. Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit [Bundestagswahlprogramm 2009], Berlin [2009].
- für ***DIE LINKE.***: Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Bundestags-Wahlparteitags 2009 der Partei DIE LINKE. 20./21. Juni 2009 in Berlin, [Berlin 2009].

Berlin, 12. August 2009